Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

28.01.1932 (Nr. 23)

Visual Library

BTZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Donnerstag, 28. Januar 1932 • Nummer 23

Seite 3:
Unsere Stellung zur Lahusen-Denkschrift

Bremer Nationalsozialistische Zeitung
Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15 Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BTZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gesp Nonp.-Zeile Rm 0,25. auswärts Rm. 0,30, im Textteil die 4gespalt. Textzeile Rm. 0,80. auswärts Rm. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen Rm. 0,10. Kleine Anzeigen Rm. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Das Volk steht bei uns!

Machtvolle Kundgebung des nationalsozialistischen Bremen

Dr. Goebbels spricht!

Noch mehr fast als damals, am 16. November 1931, stauten sich die Massen vor dem Casinosaal. Sie freuen sich auf das Kommen des Berliner Gauleiters. Stunden vor Beginn schon wird der große Saal geöffnet und in ganz kurzer Zeit erweist er sich als viel zu klein, um die unübersehbare Menge in sich aufzunehmen. Der fleißige Musikzug verkürzt die lange Wartezeit mit seinen Klängen, die Ohren und Herzen öffnen für die Worte und Gedanken, die Dr. Goebbels geben wird. **Weit über 5000 sind jetzt im Raum.** Immer dichter, Mann neben Mann, Kopf an Kopf, eine einzige, von einem Geist beseelte Gesamtheit, so wartet das deutsche Bremen. **Schon längst hat die Polizei die Eingänge schließen lassen, viele müssen wieder umkehren, doch auch sie warten noch, wollen ihn wenigstens sehen, den Führer.**

Und dann geht eine Bewegung durch den Raum. Freudiges Rufen dringt von draußen herein. Der Führer des deutschen Berlin, der „Doktor", wird von der SS durch die Volksgenossen zur Tribüne geleitet. Tausende Arme strecken sich aus. Noch einmal klingt laut, brausend, die Freude hoch.

Dann wird es stiller, ruhiger, erwartend blickt alles gespannt nach vorne: dort steht Dr. Goebbels und spricht. **Und was er gestern in der Metropole nicht sagen durfte, weil die „Vorsicht" gewisser Leute ihm das Reden verboten hat, was er in Berlin nicht aussprechen durfte, in seinem gerechten Zorn, seiner tiefen Empörung und klaren, sachlichen Voraussicht, das sagt er jetzt hier in Bremen.**

Sagt es von hier aus dem gesamten Volk.

Wer uns angreift, trifft 15 Millionen

„Man kann es den Leuten nie recht machen, sind wir scharf, angreifend, so schreien sie, sind wir gemäßigt, so sagen sie: „Es geht mit gedämpftem Trommelklang." Wir passen ihnen eben nicht! Und weil man weiß, daß diese Abneigung demnächst unbeachtet bleiben wird, daß man einmal über einige Kreise mit zermalmenden Schritten hinwegmarschieren wird, deshalb versuchen sie krampfhaft mit allen Mitteln dem Schicksal in die Speichen zu fallen, um uns zu hemmen. Nichts ist ihnen verbrecherisch, nichts dumm genug. Sie versuchen alles, **vergessen aber, daß unsere Bewegung 15 Millionen Deutsche umfaßt, daß sie, wenn sie uns angreifen, täglich 15 Millionen Deutsche Männer und Frauen, in der gemeinsten Weise mit Dreck bewerfen und verleumden.**

Sie versuchen unseren Führer in der Welt verächtlich zu machen und die **deutsche Regierung begeht die Unklugheit, sie in diesem Vorhaben noch zu überbieten,** indem der Reichskanzler das neue Deutschland, den Nationalsozialismus, und seine Männer als „illegale Hochverräter" hinstellte. Man muß sich dabei etwas gedacht haben. **Wir können uns sonst nicht erklären, warum der Kanzler das deutsche Volk in der Welt mißkreditiert, mit dem er später einmal Politik machen will.** Hätte sich der Nationalsozialismus nicht energisch und aktiv gegen alle Informationen dieser Art erfolgreich gewehrt, so wäre er für das Ausland ein großes Rätsel geblieben — denn wenn 15 Millionen, ein Drittel unserer Nation, politische Verbrecher sind, dann muß dieses Volk entweder toll geworden sein, oder die Regierung hat Gründe, es in der Achtung des Auslandes herabzusetzen! Und das ist, obwohl man es kaum glauben sollte, der Fall.

Aber nichts hilft dieser Regierung gegen das eigene Volk. Der Bruch zu ihm läßt sich nicht überbrücken. **Nicht eher wird es Ruhe geben, bis das Mißverhältnis zwischen dem Willen des Volkes und den Handlungen und Exponenten der Regierung ausgeglichen ist, solange kann es keine Ruhe geben.** Wir Nationalsozialisten stehen in der besten Position, wir könnten mit verschränkten Armen dastehen und zusehen, wenn nicht die ganze Entwicklung nach einer endgültigen Lösung schriee.

Es ist ein trauriger Irrtum, wenn sich Leute in ihrer jämmerlichen Angst einreden, die Nationalsozialisten seien nichts, als eine Zeiterscheinung, die Nutznießer der katastrophalen Verhältnisse, bei deren Lösung sie automatisch verschwinden würden. **Jene haben Ursache und Wirkung verwechselt!**

Wären wir herrschsüchtige Egoisten, wir ständen im anderen Lager. **Um dort Minister zu werden, dazu hätte es noch gereicht.** — Wir predigen unsere Politik, wir marschieren, weil das Volk mit uns die Richtigkeit unserer Anschauungen glauben muß. Doch nicht immer hat uns das Volk auf Händen getragen, Jahre hat es gegeben, da wurden wir verlacht, gepriügelt, verhöhnt und gehetzt. Von Gericht zu Gericht, von einem Gefängnis in das andere schleppte man uns „Egoistische Nutznießer".

„Die Verantwortlichen des Unterganges können nicht Männer des Aufstiegs sein"

Wenn heute die Regierung mit unseren Ansichten herumkrebst, die sie vor zwei Jahren als irrsinnige Illusionen bezeichnete, so wünscht sie nichts sehnlicher, als daß wir vergessen könnten.

Ein französischer Schriftsteller sagte einmal: **„Der Patriotismus ist die letzte Zuflucht aller Gauner." Dieses Wort kennzeichnet am besten die heutige Lage.** Glaubt ihnen nicht, die jetzt unter dieser Maske den Biedermann spielen, reißt sie ihnen von der Fratze, hinter der sich die Lüge ihrer dreizehnjährigen Herrschaft verbirgt.

Immer aufgeweckter, radikaler, wird das Volk. Noch hat es sich nicht, wie man zu hoffen und meinen glaubt, mit allem abgefunden. **Man täusche sich nicht über die unheimliche Ruhe!** Wir leben im latenten Bürgerkrieg. Abend für Abend fordert er seine Opfer. Mit drakonischen, mechanischen Mitteln schreitet der Staat ein, doch die Zahl der Toten mehrt sich von Tag zu Tag.

Die Männer aber, die mit ihrem Werke verbunden sind, auf Gedeih und Verderb, sie wird das Volk lehren, daß sie, die Verantwortlichen des Unterganges, nicht Männer des Aufstieges sein können. Das Volk ist der klaren, unumstößlichen Ansicht, daß mit Wechsel der Methode, auch deren Männer zu verschwinden haben!

13 Jahre trieb man eine Politik des wehrlosesten Verzichtes, ohne Rücksicht auf das Volk und seine Lebensmöglichkeiten, entgegen jeden Ehrenstandpunkt. Nachdem man nun 13 Jahre nachgegeben, bis auf das letzte Maschinengewehr abgerüstet hat, stellt man als Ergebnis fest, **daß Frankreich drohender und unverschämter denn je, weiteres, endloses Erfüllen fordert.** Jetzt erst sieht das Volk den Weg, jetzt, wo sich die Folgen nicht mehr vertuschen lassen, aber jetzt sieht es auch endlich seine Folgerungen.

Politik ist Sache des Volkes!

Die Politik ist nicht, wie behauptet wird, eine Angelegenheit der Regierenden, sie ist Angelegenheit des Volkes, im selben Augenblick, wo dieses an die Politik gebunden wird. Da nützt der gute Wille allein nichts mehr. **Da heißt es nur Können beweisen. Verträge und Verpflichtungen werden nicht von der Regierung, sondern vom Volke erfüllt.**

Darum unterliegt die Politik der öffentlichen Prüfung. Eine Regierung, die das zu hintertreiben wünscht, zeigt damit ihr schlechtes Gewissen!

Sie sollen sich nicht damit entschuldigen, ihre Politik sei unpopulär. Wer das Volk kennt und versteht, wer mit dem Volke eine innere Gemeinschaft hat, dem wird es gelingen, ihm alles klar zu machen.

Auch unser Wollen, unser Weg, er ist nicht populär. Hunderttausende stehen vor der Möglichkeit, ihm ihr Leben zu opfern, Gefängnisse, Zuchthäuser stehen offen für unsere Kämpfer und trotzdem haben wir uns 12 Jahre lang durchgesetzt, haben uns dennoch zu dem gemacht, was wir heute sind — populär.

Die Herren von der Regierung, sie wagen es nicht, vor das Volk zu treten und Rechenschaft abzulegen. Sie wagen nicht, die wahren Gründe der Mißerfolge zu erklären und denjenigen, die ihnen die peinliche Arbeit abnahmen, verbieten sie das Wort, nehmen ihnen die Möglichkeit ins Land hinauszurufen, um aus Schuld und Fehlern die klare Rechnung der Katastrophenpolitik zu ziehen.

Zwölfmal verbietet man in Berlin innerhalb eines Jahres unsere Zeitung, den „Angriff". Das Reichsgericht muß jeweils achtmal nach Ablauf der Verbotsdauer die völlige Unrechtmäßigkeit des Verbots bestätigen. Aber es gibt keine Möglichkeit, die marxistischen Verwaltungen für ihr unverantwortliches Verhalten zur Rechenschaft zu ziehen. Es ist ihnen erlaubt, die wirtschaftlichen Unternehmungen des Gegners rechtlos zu zerschlagen. Nicht nur der Presse, sondern sogar Abgeordneten nehmen sie die Möglichkeit, ihre Meinung zu äußern.

Die Brüning-Aktion

Man verbietet mit den vom Reichspräsidenten unterzeichneten Notverordnungen. Wenn wir uns recht erinnern, ist vor kurzem der Reichskanzler mit dem Ersuchen an uns herangetreten, die Amtsdauer des Reichspräsidenten von Hindenburg um weitere 7 Jahre zu verlängern. Wir können uns kaum denken, daß der Reichspräsident ahnt, was für ein Mißbrauch mit seinen Notverordnungen getrieben wird. Wenn er es nicht wissen sollte, er müßte sich dennoch hüten, den marxistischen Länderregierungen eine derartige Peitsche in die Hand zu geben. Denn mögen die Verordnungen lauten, wie sie nur wollen, das weiß jeder, stets wird man einen Weg finden, sie allein gegen die NSDAP. zur Anwendung zu bringen.

Man versicherte uns, **die Amtsverlängerung des Reichspräsidenten sei eine nationalverbindliche Handlung, der wir uns nicht entziehen könnten. Aber zu schnell merkten wir, was der eigentliche Zweck der Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten war: Herr Brüning wollte noch einmal sich selbst verlängern, um so seine morsche Stellung zu untermauern. Dazu konnten wir unsere Hand nicht reichen!**

Raffiniert hatte man diesen Plan eingefädelt. Man wollte uns in eine Ecke drängen, um uns so schachmatt zu setzen. Nur zu gut sagte uns das Wutgeheul des Systems, daß unser Manöver, nicht mit großen Schlägen, sondern mit gleicher Taktik zu antworten, richtig gewesen ist.

Man glaubte, wir Nationalsozialisten würden uns auf einen unsauberen Kompromiß einlassen. Wenn man uns vorwarf, warum wir damals nicht klarer die Oeffentlichkeit unterrichtet hätten, sagen wir dazu grundsätzlich Folgendes: **Die Strategie bestimmt in der Politik das Ziel. Die Taktik die Zermürbungsmittel. Das Ziel ist immer klar, die Taktik jedoch erst bei ihrer Anwendung.** Früher im Besitz unbedeutender Machtmittel brauchten wir keine Taktik. Je größer wir werden, je näher wir dem Ziel kommen, desto gewagter werden unsere Schritte. Und stehen wir vor dem Tor zur Macht, so werden wir es schweigend öffnen.

Der taktische Weg ist belanglos, wenn das Ziel klar im Auge behalten wird, unser revolutionärer Charakter ist nicht von der Taktik, sondern allein von unserem Ziel abhängig. Unser Umbruch des Volksgefüges, von der liberalistischen Hülle zum sozialistisch-organischen Volkskörper, ist **revolutionär.** 1923 wollten wir ihn mit der Gewalt durchsetzen. Erringen wir ihn seit 1924 mit der legalen Machteroberung, so ist das ohne Einfluß, denn das Ziel, und damit der Charakter unserer Bewegung blieb dasselbe.

Man hatte geglaubt, das Jahr 1931 würde das Ende der innerpolitischen Auseinandersetzungen bringen, es brachte den letzten, großen Anlauf zu dieser Entwirrung. In

diesem Jahr verließ unser Führer immer mehr die Schatten der Anonymität, weil man uns in der Wilhelmstraße als eine innerpolitische Tatsache hinnahm, die nun einmal nicht mehr zu ändern war. Und wenn dann Adolf Hitler zur Welt sprach, wenn man auf die Stimme dieses „Staatenlosen" und „Nichtparlamentariers" mehr horchte als auf das amtliche Deutschland, so bewies auch das Ausland, daß es Kenntnis von dem neuen Kräfteverhältnis in Deutschland genommen hatte.

Wir forderten, daß der Wille des Staates gleich dem des Volkes sein müsse, wir sahen die Gefahr, daß sich die Regierung immer mehr vom Volke entfernte, und so nicht mehr in der Lage war, Volkspolitik zu treiben.

Das Ausland hat ein berechtigtes Interesse daran, zu erfahren, was ein Deutschland von morgen will. Und es ist objektiv genug, anstandslos die Kräfte anzuerkennen, die sich in Deutschland aus sich herausgebildet haben.

Brüning wird abtreten müssen!

Was kann Brüning tun? Der § 48 hat ein Ende, wenn das parlamentarische Regime vor die Welt treten will. Dem Volk kann man mit diktatorischen Maßnahmen Respekt einprügeln — nicht der Welt. **Ob die Welt aber einem Staat moralischen Kredit zubilligt, das hängt allein von der inneren Solidität des Staates ab.**

Hat ein Regime kein Volk mehr, kann es sich nicht mehr nach den Regeln der Demokratie halten und findet nicht den Mut, durch Gesetz ein neues, diktatorisches System einzusetzen, muß es einfach jeden Kredit verlieren.

Nicht die Opposition hat dem System von heute die Glaubwürdigkeit geschmälert. (Der Glaube an eine Person ist immer von ihr selber abhängig.) Das gilt auch für die deutsche Regierung und es liegt bei ihr, sich dies Vertrauen wieder zu erwerben.

Bei uns das Volk, bei jenen die amtl. Macht

Heute ist in Deutschland die Lage so, daß die Regierung die amtliche Macht besitzt, und die Opposition zum Volke wurde.

Jetzt soll es sich entscheiden, ob die organischen Bindungen die amtliche Mechanik überwinden werden. Alles andere ist nebensächlich und Beiwerk!

Der Gegner rüstet zur letzten Entscheidung, er will mit den gleichen Mitteln kämpfen, die uns stark gemacht haben, zu diesem Zwecke errichtete er die „Eiserne Front". Doch zu spät. In den 13 Jahren unumschränkter Herrschaft haben die Herren den Kontakt mit dem Volk verloren. Während wir auf der ganzen Linie im Angriff stehen, muß der Gegner sich auf die Verteidigung beschränken. Zu beachten ist, daß der Kanzler sich durch Herausgabe des Kommentars zur letzten Notverordnung auf die Seite dieser Leute schlug. Das mutet um so eigenartiger an, als er Ende Januar das große „Nein" sagen wollte, bei dem er einer Volksfront bedurfte, die gewillt war, diese Erklärung zu tragen.

Mag kommen, was da will, dem Kanzler hilft nichts mehr. Er muß jetzt, endlich, die Konsequenzen ziehen.

Das politische Versteckenspiel hinter vorgeschobenen Traditionen ist sinnlos. Die großen, außenpolitischen Entscheidungen werden erst fallen, wenn im Innern die Entscheidung erreicht ist. Wir können ihr ruhig entgegensehen. **Wir müssen den Sieg davontragen, wenn wir uns selbst treu bleiben.**

Unsere Taktik

Im Jahre 1932 werden wir mehr mit Klugheit als mit Kraft kämpfen. Und man wird uns gleichermaßen weniger mit Kraft als mit Klugheit vernichten wollen. Gestützt auf die eiserne Disziplin unserer Bewegung werden wir mit Besonnenheit und eiskalter Schärfe vorgehen. Unsere erste Aufgabe ist, die innere Solidität der Partei zu stärken, damit sie jeder Kraftprobe gewachsen ist. Haben wir 12 Jahre zäh, aufopfernd, trotzig und verbissen unseren Kampf geführt, werden wir auch im dreizehnten Jahre unsere Pflicht erfüllen.

Heute gehen mehr Menschen beim Staat zu Gast, als ihn ernähren, dieses Problem ist die Frage, die wir zu lösen haben. Da helfen keine kleinen Rezepte, aus dem Denken von Bürokraten geboren, um mit Pfennigen einer Weltkatastrophe begegnen zu können. Jeder von uns steht heute mit einem Fuß im Bankrott.

Innerlich gebrochen, siech, an Krücken, opfernd ohne Zweck und Ziel, verharrte das deutsche Volk Jahre in dumpfen Schweigen. Unter der Oberfläche sammelt sich Haß, Wut und Zorn. Eine Unmenge von Explosivstoffen wurde im Volke aufgespeichert. Die Großstädte gleichen Pulverfässern, der kleinste Funke kann sie entzünden.

Wehe, wenn das Volk marschiert, dann Gnade Gott den Verantwortlichen, für das Heute.

Sie rechnen mit unserem Langmut, beschimpfen uns im Rundfunk. Sie sollten uns auf den Knien danken, denn wären wir nicht, Volk und Staat hätten sich längst in Anarchie aufgelöst.

Dreiviertel des Volkes verlangt nach einem Strafgericht, demgegenüber die französische Revolution ein Kinderspiel gewesen sein wird. Man hüte sich den Bogen zu überspannen. Es könnte einmal der Augenblick kommen, in dem wir selber nicht mehr fähig sind, die Kräfte im Volke zu halten, die Vergeltung fordern.

Wir lassen uns nicht innerpolitisch prügeln und außenpolitisch verwenden. Wenn nur das „Nein" uns retten kann, dann haben die bisherigen Verfechter dieses Begriffs auch nur allein das Recht, es auszusprechen, es zu vertreten, und die, die bisher „Ja" sagten und heute verzweifelt „Nein" stöhnen, haben zu verschwinden! Wir werden aus unserer Bewegung ein radikales Volk formen. Erst dann können wir Außenpolitik treiben. Die Regierung von heute wird nicht vom Volk getragen, **weicht sie nicht, muß sie außenpolitisch scheitern!**

Unser Weg 1932

Nach außen ohne Kredit, im Innern ohne Rückendeckung, erweist sich das Volk den besten Dienst, wenn es sich von dem Regime freimacht, das ist das Ziel unseres heutigen Kampfes.

Ueber folgende Stationen geht dabei unser Weg.

1. Die kommende Tributkonferenz,
2. Die Genfer Abrüstungskonferenz,
3. Die Reichspräsidentenwahl,
4. Die Preußenwahlen.

Wir lassen uns keine Möglichkeit entgehen, ganz besonders nicht die Reichspräsidentenwahl.

Verfassungsmäßig können die Wahlen nicht verschoben werden. Wer sie verschiebt, handelt illegal. Die Legalität steht dann bei der Opposition.

Letzter Appell
an alle Nationalsozialisten!

Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei ist die imponierendste Massenerscheinung, über die Deutschland, ich möchte sagen, Europa, heute verfügt. Diese Bewegung ist von einer Granithärte. Sie hat ein Gesetz, Disziplin und Autorität von unten nach oben und oben nach unten, das heute in Deutschland unvergleichlich ist. Aus dem Gesetz von Autorität und Disziplin haben wir unseren großen, märchenhaften und triumphialen Erfolg erringen können. Und nun spreche ich zu jedem SA.- und SS.-Mann, zu jedem Parteigenossen:

Es stehen heute vor uns sechs Monate, die vielleicht die schwersten sind, die wir je durchlebten. Der Sieg wird uns nicht unverdient in den Schoß fallen, nur Kraft, Zähigkeit und eiserne Verbissenheit, Trotz, Eigensinn und Klugheit werden uns helfen, den Sieg zu halten und im Ziel zu verteidigen. Das sind die Tugenden, Kameraden, die euch groß machten, die euch von all den anderen Deutschen unterscheiden. Das andere Deutschland befindet sich im Zerfall, während ihr ein neues Gesetz aufrichtet und selbst in diesem Gesetz groß wurdet. Ihr seid in die Familien, in die Städte, in die Dörfer gegangen und habt für uns geworben. Jetzt geht ihr an die Tore der Betriebe. Jetzt wollt ihr die Arbeiterschaft gewinnen. Gelingt das, dann können wir sagen: „Wir sind das deutsche Volk!"

Dann steht hier das Volk und dort allein und isoliert die Regierung. Vergeßt niemals, Kameraden, man wird in der letzten Kampfphase euch zu reizen versuchen, euch die Besonnenheit zu nehmen, euch zu unklugen, zu unüberlegten Handlungen hinzureißen, um damit euch selbst und der Bewegung Schaden zuzufügen.

Wir haben bisher Glück gehabt. An uns hat sich das Wort Moltkes bewahrheitet, daß das Glück auf die Dauer nur der Tüchtige hat. Sechs Monate stehen uns vielleicht zur Verfügung, in diesen sechs Monaten müssen wir Volk werden, soll sich die ganze Nation hinter uns stellen und aufschreien, soll aus unseren Kehlen ein Echo von 60 Millionen verzweifelter und hoffnungsvollen Stimmen klingen. Vergeßt niemals, daß das, was ihr auf euren jungen Schultern tragt, das Schicksal unseres Volkes ist.

Uns hat die Geschichte berufen und keinen anderen. Das Schicksal hat uns seine Gnade nicht versagt und wir haben nichts unterlassen, um uns die Gnade zu verdienen. Wir haben auf alles verzichtet. Und nun stehen wir im Scheinwerferlicht der ganzen Welt. Der Kampf, der vor uns steht, wird ein Kampf sein, der über das Schicksal des ganzen Volkes entscheidet. Wenn ihr versagt, dann wird in der Geschichte zu lesen sein: „Die letzte Chance Deutschlands ist verpaßt!" Wenn ihr aber die Chance ausnutzt, dann wird in der Geschichte zu lesen sein: „Der Nationalsozialismus wurde im Jahre 1932 Volk und hat die Nation von ihren Fesseln befreit!" Die historische Aufgabe, die vor euch steht, wird von keinem hinter uns erfüllt. Hinter uns steht das Chaos. Sieg und Niederlage liegen bei uns, bei uns ganz allein. Verfehlen wir den Weg, dann ist uns die Katastrophe gewiß, halten wir aber den Weg ein und bleibt die Partei ihrem Führer genau so unverbrüchlich treu verbunden, wie der Führer sich verbunden fühlt mit dem Programm der Idee und uns, dann können wir mit Recht das Wort sprechen:

„In diesem Jahre werden wir die Herren von Deutschland sein!"

—quen.

Kahl „sattelt um"

Für Beibehaltung der Todesstrafe

Berlin, 27. Jan. Im Strafrechtsausschuß wies bei den Beratungen des Entwurfs über die Todesstrafe der Ausschußvorsitzende Dr. Kahl (DVP.) darauf hin, er habe im Oktober 1928 und im Mai 1930 beantragt, die Todesstrafe durch lebenslanges Zuchthaus zu ersetzen mit der Maßgabe, daß ein wegen Mordes zu lebenslanger Zuchthausstrafe Verurteilter im Falle einer Begnadigung in Sicherungsverwahrung zu überführen sei und daß seine Entlassung nach je dreijährigen Fristen unter ganz besonders strengen Voraussetzungen und Beschränkungen verfügt werden könne. Zweck dieses Antrages sei die Herbeiführung einer Verständigung über die entscheidenden Fragen gewesen, um auch den Anhängern der Todesstrafe eine denkbar sichere Bürgschaft gegen die Rückkehr von Mördern in die menschliche Gesellschaft zu bieten.

Da dieser Antrag beide Male abgelehnt worden sei, habe er für die Beibehaltung der Todesstrafe gestimmt. Kahl betonte, daß er den Antrag angesichts der gegenwärtigen Lage nicht wieder aufnehmen werde, und zwar nicht aus juristischen Gründen, sondern aus Rücksicht auf die allgemeinen Zeitverhältnisse. Man werde heute in der Oeffentlichkeit die schärfsten Bedenken dagegen finden, gerade in diesem Augenblick die Todesstrafe abzuschaffen.

Die Zahl der Tötungen habe zugenommen. Nicht zuletzt auch im politischen Kampf und vor allem hätten sich in letzter Zeit so scheußliche Mordüberfälle ereignet, daß z. B. selbst Preußen sich zur Vollstreckung von Todesstrafen habe entschließen müssen. Die gegenwärtige Zeit sei nicht günstig, die Abschaffung der Todesstrafe ins Auge zu fassen.

Groener über Genf

Berlin, 28. Jan. Reichswehrminister Groener veröffentlicht nach der „Voss. Ztg." in den „Blättern der Staatspartei" einen programmatischen Aufsatz über die Abrüstungskonferenz, in dem es u. a. heißt: In Genf werde noch einmal der Kampf zwischen dem Machtgedanken und dem Rechtsgedanken entbrennen, aber die Bedingungen der Auseinandersetzungen würden andere sein als vor 13 Jahren. Im Gegensatz zu damals werde in Genf entweder ein freiwilliger Vertrag zustande kommen, oder es werde überhaupt kein Vertrag geschlossen werden. Für Illusionen sei nach dem letzten Jahrzehnt kein Raum mehr. Genf werde nicht nur über das Maß der Rüstungen jedes Staates entscheiden, es entscheide auch über Versailles und im tieferen Sinne über Weimar. Es entscheide über die Lebensfähigkeit des Völkerbundes und die Zukunft der abendländischen Kulturwelt, deren Widersacher im Osten durchaus gewillt sei, das Erbe einer überlebten Ordnung des menschlichen Daseins anzutreten. Darin liege die nationalpolitische und die welthistorische Bedeutung der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes.

Die Folgen Brüningscher Finanzkunst

Fast keine Gemeinde ist mehr in der Lage, ihren Haushalt für 1932 aufzubringen

Hannover, 26. Jan. Angesichts des drohenden finanziellen Zusammenbruchs vieler Städte hat Oberbürgermeister Dr. Menge (Hannover), als Bevollmächtigter des Reichsrats beantragt, der Reichstag möge sich von der Erklärung des Vertreters der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Zarden, nicht befriedigt erklären und nochmals bei der Reichsregierung wegen umgehender Hilfe für die Länder und Gemeinden vorstellig werden. Die Behebung der finanziellen Krise der Länder und Gemeinden ertrage einen weiteren Aufschub nicht mehr. Fast keine Gemeinde sei in der Lage, ihren Haushalt für 1932 zum Ausgleich zu bringen. Der finanzielle Zusammenbruch zahlreicher Gemeinden stehe unmittelbar bevor.

Südtiroler treu zu Adolf Hitler

Der Zentrumshetzer Pater Innenkofler bloßgestellt

Berlin, 26. Jan. Dem Presseamt Groß-Berlin der NSDAP. haben die Führer der Südtiroler Verbände eine Erklärung abgegeben, die sich in scharfer Form gegen das Auftreten des Jesuitenpater Innerkofler in marxistischen Versammlungen wendet. In der Erklärung heißt es, daß die Südtiroler Verbände es aufs schärfste mißbilligen, daß Pater Innerkofler in marxistischen Versammlungen die Südtiroler Frage unter dem Motto: „Hitlers Verrat an Südtirol" behandelt. Die Südtiroler Bevölkerung müsse es unbedingt ablehnen, daß die Frage Südtirol zum parteipolitischen inneren Kampf in Deutschland verwandt würde.

Man sei sich darüber klar, daß der Freiheitskampf gegen den Gerichtsvollzieher Frankreich nur auf dem Wege, den der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler vertrete, also Bündnispolitik Rom—Berlin—London, zu einem Erfolg führen können.

Mit dieser Erklärung ist also der Beweis erbracht, daß der Zentrumspater Innerkofler kein Mandat hat, im Namen Südtirols seine Verleumdungen über die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei auszustreuen.

Gespannte Lage in Schanghai

Neues japanisches Ultimatum

Schanghai, 27. Jan. Der japanische Generalkonsul hat dem chinesischen Bürgermeister ein neues Ultimatum überreicht, in dem eine befriedigende Antwort auf die japanischen Forderungen bis zum Donnerstag 23 Uhr meZ. verlangt wird. Auf allen Seiten werden fieberhafte Vorbereitungen getroffen, um gegen die drohende Gefahr eines offenen Ausbruches von Feindseligkeiten geschützt zu sein. Auch die japanischen Marinesoldaten haben mit dem Auswerfen von Schützengräben im Hafengebiet von Schanghai begonnen. Die englischen und französischen Behörden haben sämtliche Truppen und die Marinestreitkräfte mobilisiert. Die englischen Streitkräfte setzen sich aus zwei Infanterie-Bataillonen und einer Pionier-Abteilung zusammen. Die amerikanischen Marinesoldaten in Stärke von 1000 Mann stehen ebenfalls in Bereitschaft. Im Hafen liegen neben den japanischen Kriegsschiffen ein englischer Kreuzer und zwei Kanonenboote, sowie amerikanische und französische Kriegsschiffe. Die amerikanischen Behörden stehen in ständiger Verbindung mit Washington. Es verlautet, daß sie im Falle einer Verschärfung der japanischen Haltung aktiv einzugreifen beabsichtigen. Die Befehlshaber der amerikanischen und englischen Seestreitkräfte sind zur Zeit nicht in Schanghai anwesend.

Standrecht über Schanghai

Moskau, (über Kowna), 28. Jan. Einem Bericht der sowjetamtlichen Telegraphen-Agentur aus Schanghai zufolge, ist dort am Mittwoch das Standrecht verhängt worden. Die Lage wird als ernst angesehen.

Einmonatige Verlängerung des französischen Anteils der 100-Millionen-Dollar-Anleihe

Paris, 28. Jan. Der Verwaltungsrat der Bank von Frankreich wird sich im Laufe des heutigen Donnerstag mit der Frage der Verlängerung des französischen Anteils an der 100-Millionen-Dollar-Anleihe befassen. Der sonst gutunterrichtete „Petit Parisien" schließt sich der kürzlich geäußerten Auffassung des „Paris Soir" an und erklärt, daß die Frage höchstwahrscheinlich im Sinne des Gouverneurs der Bank, Moret, geregelt werde, d. h. daß die Verlängerung über einen Monat nicht hinausgehe. Wenn die Bank von Frankreich überhaupt einer kurzfristigen Verlängerung zustimme, so geschehe dies aus der Erwägung heraus, das Reich vor dem unmittelbaren finanziellen Zusammenbruch zu bewahren.

Ein seltsamer Entlastungsvorstoß:

Brüder Lahusen über die Nordwolle

Das heutige System, bereits zutiefst erschüttert in seinen Grundfesten — Liberalismus und Marxismus — ist besonders gekennzeichnet durch die ungeheure Anzahl von Riesenrevisionen und Prozessen in Staatsapparat und Wirtschaft. Der Liberalismus als Wegbereiter für marxistische Gedankengänge hat das deutsche Bürgertum seit über 100 Jahren beherrscht. Blitzlichtartig zeigt sich die Frage dieser verderblichen Weltanschauung erschreckend bei der Betrachtung des Falles Lahusen in Bremen.

Die Nordwolle war unter überall bekannten Umständen Mitte v. Js. unter der Leitung der Brüder Lahusen zusammengebrochen. Verlust: über 270 Millionen. Die Lahusens wurden wegen Konkursverbrechens, Betrugs usw. unter Anklage gestellt. An diesen Tatsachen hat sich bis zum 25. Januar 1932 nichts Wesentliches geändert. Die Voruntersuchung dauert zwar schon vier einhalb Monate. Aber in Deutschland wird bekanntlich heute nach römischem Recht gerichtet, und deshalb dauern alle die Untersuchungen und Prozesse eine Zeit, die uns nach unserem deutschen Rechtsempfinden in ihrer Länge unwahrscheinlich und verderblich für die Klärung der Dinge erscheint. Am 26. Januar ließen nun die Brüder Lahusen der Presse eine Denkschrift überreichen, die heißt:

„Die Nordwolle unter unserer Leitung" und ein blaues Streifband trägt, auf dem steht: „Die Lahusen sagen die Wahrheit über die Nordwolle!" In den Ausführungen, die der Freund des Hauses Lahusen Dr. Gebert, Syndikus der Industriellenkammer, bei der Ueberreichung der Denkschrift machte, legte er besonderen Wert darauf, daß die Denkschrift auf das laufende Strafverfahren absichtlich keinen Bezug nehmen wolle.

Es ist uns Nationalsozialisten bei politischen Prozessen bisher immer wieder in der brutalsten Form verdeutlicht worden, daß man alles, was irgendwie in einen laufenden Prozeß eingreifen könnte, nicht duldet.

Diese Denkschrift scheint uns mit einer sehr deutlichen Absicht in den Prozeß eingreifen zu wollen. Die Denkschrift ist die erste große Mine, die man zur „Entlastung" der Brüder Lahusen springen läßt.

Hier werden die Lahusens zu Anklägern und in der Tonart der hemmungslosen Herrenmenschen, die sie im „goldenen Käfig" an der Contrescarpe darstellten, zeichnen sie sich als die verkannten Wirtschaftsführer! Die Denkschrift ist nach der Erklärung Dr. Geberts von der Verteidigung, die unter Führung des Berliner Juden Alsberg steht, vorher durchgesehen — also ein auch dort wohl überlegter Schritt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in der Oeffentlichkeit systematisch Stimmung für die Lahusens gemacht werden soll. Man verspricht sich wohl daraus einen gewissen Erfolg für die Verhandlungsführung. Wir verweisen hierbei auf die zielbewußte Stimmungsmache eines großen Teils der deutschen Wirtschaftspresse bei anderen derartigen Prozessen. Wir warnen vor diesem Versuch. Das Gerichtsverfahren dürfte den Lahusens genügend Gelegenheit geben, die „Wahrheit über die Nordwolle" zu sagen!

Die Denkschrift ist uns ein willkommener Anlaß, grundsätzlich zu dem Fall Lahusen Stellung zu nehmen. Wir wollen uns bei diesen Erwägungen nicht von der Masse aufmarschierender Zahlen und Bilanzen, die ja alle nicht den Kernpunkt treffen, verwirren lassen, sondern tiefer gehen. Diese Erkenntnis ist immer einfach und klar verständlich. Die Lahusens handelten nach einer ausgesprochen liberalistischen Wirtschaftsauffassung. Wirtschaftsfreiheit heißt ihr Ruf, ihr hat sich alles — auch das Volk unterzuordnen. In der Denkschrift heißt es einmal: „Konjunktur ist Schicksal". Der Staat habe die Wirtschaft ruiniert — nämlich durch die zu hohen sozialen „Lasten". Die Mittel zur Erhaltung der sozialen Einrichtungen des deutschen Arbeitnehmers sind also „Lasten": die äußeren Lasten — man meint die Tribute! — werden dann zu diesen „inneren Lasten" in Beziehung gebracht und es heißt in der Schrift, daß eine Herabsetzung (von einer Streichung wagt man gar nicht zu reden!) nur zu erreichen sei, wenn die sozialen Aufwendungen eingeschränkt würden. Die Leute vom Schlage Lahusen haben also bis heute auch noch nichts gelernt. Und wir müssen leider dann und wann feststellen, daß dieser Geist ihres Expräsidenten bei der Bremer Handelskammer und ihrem Syndici immer noch sein verderbliches Unwesen treibt. Man sieht eben in dem deutschen Arbeitnehmer nicht der schaffenden Volksgenossen, sondern einen zur Produktion notwendigen Faktor, der rationalisiert und genormt werden muß. Heinz Lahusen schreibt mit Stolz in dem Abschnitt „Rationalisierung" der Schrift, daß eine sogenannte „Menschenwirtschaft" eifrig und energisch gepflegt und gefördert wurde. Diese „Menschenwirtschaft" (das Wort verdient, festgehalten zu werden!) führte beispielsweise im Schreibmaschinensaal der Nordwolle zu einem System, das durch die Stoppuhr Höchstleistungen erzwang, nur diese angemessen bezahlte — also dauernd verlangte — und dadurch den Nervenzusammenbruch mancher Angestellten herbeiführte und sich um die verursachte schwere körperliche Schädigung nicht kümmerte. Im Betriebe gelang es mit Erfolg, durch Peitsche und Zuckerbrot den sogenannten wirtschaftsfriedlichen Gedanken durchzusetzen, d. h. man schaltete die Gewerkschaften aus und vereinbarte dann mit einem — gelinde gesagt — nicht gerade aktiven Angestelltenrat alles notwendig Erscheinende. Die Gehälter waren durchschnittlich schlecht, nicht viel besser stand es mit den Löhnen — dafür sollte das „Vertrauen" zwischen der Firmenleitung und Arbeitern und Angestellten entschädigen. Die Lahusens haben es allerdings dann unterlassen, die Pensionskassen wenigstens juristisch zu sichern, so daß neben der immer wieder in Aussicht gestellten Lebensstellung einer Unzahl alter Mitarbeiter auch nicht ein Groschen von den Geldern der Pensionskassen bleibt!

Die Lahusens mißbrauchten den deutschen Arbeitnehmer und sein Vertrauen für ihre übersteigerten Pläne!

Das Gericht möge, wenn es nach den verschwundenen Millionen forscht und Rechenschaft fordert, nicht vergessen, daß die Lahusens zutiefst an ihren eigenen ihnen unterstellten Volksgenossen gesündigt haben.

Die Schrift zeigt aber auch in volkswirtschaftlichen Fragen ganz bedenkliche Anschauungen und groteske Versuche, die Mitschuld am Zusammenbruch abzuwälzen. Man hat zweifellos trotz aller Entkräftungsmanöver eine Expansionspolitik getrieben, die in ihren Folgen nicht mehr zu übersehen war.

Das Ziel ist zweifellos das Streben nach dem Monopol gewesen!

Der übersteigerte Konzernkoloß zeigte mit der Zeit immer mehr Verlustquellen, die durch in großem Ausmaß aufgenommenes Kapital zuerst immer noch zugestopft werden konnten. Seltsamerweise entschlossen sich die Lahusens auch dann immer noch nicht dazu, für jeden einzelnen Betrieb eine Rentabilitätsrechnung aufzumachen — nach der Denkschrift war das eben eine „Unmöglichkeit".

Es ist nicht zu leugnen, daß der Jude Jacob Goldschmidt von der Danatbank die Finanzierung der Nordwolle durchaus nicht so unfreiwillig und gezwungen vorgenommen hat. Auch über den Weg der Leihgelder kann er nicht so restlos im unklaren gewesen sein. Es wären zu wünschen, daß die Verhandlung auch über die Rolle des Herrn Goldschmidt und seiner Genossen den sehr notwendigen Aufschluß gibt. In der Schaffung stiller Reserven (wie es die Denkschrift nennt) bei der Gesellschaft Ultra Mare oder Hum in Holland ist doch unserer Ansicht nach nichts anderes zu sehen, als ein

Verschieben von Geldern ins Ausland,

gleichzeitig eine gute Möglichkeit, unangenehme Vorfälle — Verluste — zu verdecken. Und diese großen „Wirtschaftsführer" wie Goldschmidt und die Lahusens wissen nichts anderes, als beim Hereinbruch des Kladderadatsch Staatshilfe zu fordern.

Die Danatbank wurde daraufhin bekanntlich von der Regierung gestützt und uns mit Herrn Goldschmidt erhalten. Erst ist man brutaler Verfechter der „freien Wirtschaft" und wenn die Experimente schief gehen, dann jammert man nach Staatsgeldern.

Der Fall Lahusen beweist wieder einmal die Richtigkeit der schon vor über zehn Jahren von Adolf Hitler im Programm der NSDAP. festgelegten Forderung nach der Verstaatlichung der Trusts.

Es ist wertvoll zu wissen, daß die Lahusens der Deutschnationalen Volkspartei nicht ferngestanden haben. Wir stellen fest, daß die „wirtschaftsfriedlichen" Auffassungen, die in der Nordwolle diktiert wurden, auch heute noch das Gedankengut einer überwiegenden Anzahl deutschnationaler Unternehmer sind. Wir geben diesen Herren zu bedenken, daß diese Ansichten und ihre Vertretung schon seit langen Jahren dem Marxismus Vorspanndienst geleistet haben.

Die nationalsozialistische Freiheitsbewegung Adolf Hitlers wird dem schaffenden Deutschen auf jeden Fall die soziale Gerechtigkeit erkämpfen! Dasselbe gilt für die volksparteilichen Herren, deren Senator Bömers wahrhaftig keine rümliche Rolle in dem Fall Lahusen gespielt hat.

Herr Bömers ist nicht unschuldig an der verderblichen Verfilzung zwischen Staat und Wirtschaft in Bremen.

Die Denkschrift wird in ihrer Wirkung ihren Verfassern keine reine Freude bereiten. Sie zeigt einen Geist, der rücksichtslos ausgerottet werden muß, wenn Deutschland wieder frei werden soll. Der Nationalsozialismus wird der Auffassung ein Ende bereiten, daß die Wirtschaft herrschen und der Deutsche ihr Sklave sein soll — ob nun in der Art des Liberalismus oder des Marxismus!

Das Volk ist das wertvollste Gut und die Wirtschaft diene ihm!

W. L.

Marxistische Gewerkschaftskrämpfe

Die „freien" Gewerkschaften, deren Führer restlos dem Bonzenapparat der Parteibürokratie verfallen sind, bilden heute die letzte Stütze der SPD. Man weiß das selbst und versucht darum mit Zuckerbrot und Peitsche die Arbeiterschaft wenigstens in den Gewerkschaften zu halten. Die „Führer" sind ja durch Mandate gezwungen, der Partei die Stange zu halten; die Gewerkschaftsmitglieder sucht man zum Eintritt in die SPD. zu zwingen, ist das nicht möglich, so wird doch die Zugehörigkeit zur NSDAP. mit dem Ausschluß geahndet. So sieht die angeblich neutrale Politik der „freien" Gewerkschaften aus, die dem Arbeiter eine wirtschaftliche Standesvertretung vorspiegeln und in Wirklichkeit nur der SPD. Zuhälterdienste leisten. Diesen Kreaturen in den Klubsesseln der Gewerkschaftspaläste gilt der Kampf der Nationalsozialisten, die damit die Sache des Arbeiters vertreten.

„Die „Gib"-Aktion, in deren Zeichen überall im Reiche und vor allem in den Fabriken der Reichshauptstadt die Stimme des deutschen Arbeiters in die Betriebe getragen wird, ist den marxistischen Gewerkschaftspromineuten mächtig in die Knochen gefahren. Zunächst schwieg man beschämt darüber und glaubte an den Erfolg der alterprobten Mittel: Terror und Bestechung. Dann entdeckte die SPD.-Presse einen „Geheimplan" der Nazis, der die Zerstörung der Arbeitervertretung forderte. Damit war man auf dem besten Wege, die nationalsozialistischen Betriebszellen als „gelbe" zu verleumden. Die Abneigung jedes anständigen Arbeiters gegen diese „wirtschaftsfriedlichen" Kreaturen gewissenloser Profitkapitalisten ist so groß, daß die auftretende Uebelkeit bei bloßer Nennung des Namens jedes klare Urteil verwischen kann. Nun, die NSDAP. hat es nicht notwendig, sich gegen diesen Vorwurf erst zu verteidigen. Das fühlt jeder Arbeiter, der einmal nur eine ihrer Versammlungen erlebte. Deshalb geht die Methode der Gewerkschaften dahin, mit jedem, auch dem verwerflichsten Mittel, den Arbeiter vom Besuch der nationalsozialistischen Betriebsversammlungen abzuhalten. Nach dem Motto: „Not oder kein Brot!" bespitzelt man daher die Arbeiter förmlich, um denen die kümmerliche Existenz zu rauben, die sich zum Nationalsozialismus bekennen. Ein besonders krasses Beispiel dafür bieten die Vorgänge in der Berliner Verkehrs-A.-G., einem städtischen Unternehmen, in dem der marxistische Betriebsrat mit dem marxistischen Direktor Hand in Hand arbeitet. Ein anderes Werkzeug der roten Gewerkschaften ist die gemeine Denunziation.

All diese verzweifelten Methoden sollen den schwindenden Einfluß der sozialdemokratischen Clique bei den Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern bannen. Weder die Hetzer noch die Verleumdung und der Terror werden den deutschen Arbeiter abhalten, sich in die Front des schaffenden Deutschlands einzureihen und die internationale rote Front aus den Werkstätten zu werfen!

Hochschulproletariat

Man hat ausgerechnet, daß wir in zwei Jahren rund **130 000 Arbeitslose mit akademischer Bildung** haben werden. Selbst bei den Technischen Hochschulen, bei denen ehedem seitens der Industrie „Vorausbestellungen" auf junge Kräfte in so großer Zahl vorzuliegen pflegten, daß keine ausreichende Deckung des Bedarfs zu beschaffen war, ist heute zu den entsprechenden Terminen meist kein einziger der die Schule Verlassenden unterzubringen. Das wird erst wieder anders und besser werden, wenn unser Staatsschiff wieder nach dem „Polarstern „Salus publica", des Gemeinwohls, gesteuert wird, wie Bismarck es sich zum obersten Gesetz gemacht hatte. Er wäre gewiß nicht elendblind und seufzertaub gewesen; er wäre, angesichts eines sich unter furchtbarster Not durch Selbstmord dezimierenden Volkes, schlaflos geblieben, bis er die Not gewendet hätte. Heute ist „man" darin „staatsmännischer". Hat nicht ein Prominenter einer Partei, die in wirtschaftlichen Dingen sehr tüchtig sein soll, laut geflüstert, es könnte uns kein größeres Glück zustoßen, als wenn uns durch eine gesegnete Naturkatastrophe 20 Millionen deutscher Volksgenossen vom Halse geschafft würden?

Rumänien und der russisch-polnische Vertrag

Budapest, 27. Jan. Die Nachricht von der Paraphierung des russisch-polnischen Nicht-Angriffsvertrages hat hier peinlichen Eindruck hervorgerufen. Man versucht, sich mit der angeblichen Vertragsklausel zu trösten, wonach der Vertrag fristlos gekündigt werden kann, sobald eine der Parteien eine dritte Macht angreift. Würde Rußland Rumänien angreifen, dann müßte nach rumänischer Auffassung der russisch-polnische Nicht-Angriffsvertrag ohne weiteres von Polen außer Kraft gesetzt werden und automatisch das polnisch-rumänische Militärbündnis in Kraft treten, wobei natürlich abzuwarten bleibt, welche Auslegung Polen im entscheidenden Augenblick dem Zweck dieses Bündnisses geben würde. Da die Rigaer Verhandlungen gescheitert sind, setzt Rumänien die letzte Hoffnung auf ein Zusammentreffen Ghikas und Litwinows in Genf. Ob es zu einer Aussprache kommen wird, ist zweifelhaft. Das hängt von der noch ungeklärten Einstellung der neuen französischen Regierung zu Rußland ab.

Belgische Sozialdemokraten widerlegen das Kriegsschuldanerkenntnis der deutschen SPD.

Brüssel, 26. Jan. Im Senat wurde am Dienstag die Aussprache über den Haushalt für die Landesverteidigung fortgesetzt. Der liberale Senator Digeneffe richtete scharfe Angriffe gegen Deutschland, das sein „Zahlungsversprechen" nicht erfülle. Deutschland, so erklärte er, kehre zur Politik des Jahres 1914 zurück; zum zweiten Male werde Belgien von Deutschland bedroht.

Der Sozialdemokrat Lafontaine erklärte dagegen, daß der Versailler Vertrag Deutschland aufgezwungen worden sei. Zwei katholische Senatoren bestritten, daß es eine deutsche Kriegsgefahr gebe.

Der flämische Senator van Diere erklärte, daß die Flamen im Falle eines neuen Krieges sich anders als im Jahre 1914 verhalten würden. Er wies auf die zahlreichen Fälle von militärischen Ungehorsam hin, die bei flämischen Truppen bereits zu verzeichnen seien.

Während also in Belgien sowohl sozialdemokratische wie katholische Politiker zugeben müssen, daß das Versailler Diktat ungerecht ist und eine deutsche Kriegsgefahr nicht bestände, hetzen bei uns die Mönniusse, Breitscheids und Hörsings gegen angebliche Kriegsgelüste eines nationalsozialistischen Deutschland. Ganz abgesehen von den Anklagen, welche die SPD. 1920 auf dem Genfer Kongreß der Internationale gegen ihr eigenes Land richtete.

Amtl. Wetterbericht

Das mitteleuropäische Hochdruckgebiet hat schon etwas an Kraft verloren. Sein Umfang und seine Lage dagegen ist im allgemeinen unverändert geblieben. Das Druckgefälle nach Norden zu ist sehr stark, da kräftiges Tief gegen Island vorrückt. In Großbritannien und über dem Nordmeer sind daher stürmische Winde zu verzeichnen. Ein starker Ausläufer des über Lappland abziehenden Tiefs bringt in Skandinavien und den deutschen Ostseeküsten steigende Erwärmung. Der ozeanische Weststrom wird langsam den hohen Druck von Norden her abtragen. Mit Nachtfrost ist aber noch zu rechnen.

Voraussage für den 29. Januar: Mäßige aber auffrischende Westwinde, meist bewölkt, tags 3—5 Grad. Nachtfrost.

Voraussage für den 30. Januar: Lebhafte westliche Winde, meist bewölkt, zunehmende Temperatur.

Adolf Hitler vor der westdeutschen Industrie

Düsseldorf, 26. Jan. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit: „Anläßlich eines großen Werbefeldzuges für die nationalsozialistische Idee und Volksgemeinschaft sprach Adolf Hitler am Dienstag abend vor einem größeren Gremium westdeutscher Industrieller. Der Vortrag fand in Düsseldorf im Industrieklub statt und gestaltete sich zu einem großen Erfolg für den nationalsozialistischen Gedanken. Adolf Hitler, der erst kurz vor Beginn des Vortrages in Düsseldorf eintraf, reiste nach Beendigung seiner Rede sofort wieder ab."

Preußische Auslegungsrichtlinien zum Uniformverbot

Berlin, 28. Jan. Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt, hat der preußische Minister des Innern in einem Runderlaß Auslegungsrichtlinien zu dem Uniformverbot der 4. Notverordnung herausgegeben. U. a. fallen auch Kleidungsstücke, die von der üblichen bürgerlichen Kleidung nicht abweichen, unter das Uniformverbot, wenn sie infolge ihrer erkennbaren einheitlichen Aufmachung dazu bestimmt sind, ihre Träger als Angehörige einer bestimmten politischen Organisation zu kennzeichnen.

Der gescheiterte Donaubund-Plan

Wien, 26. Jan. Die „Pressemitteilungen" einer Korrespondenz, die ihre Informationen aus den Kreisen der Großdeutschen Abgeordneten zu beziehen pflegt, stellt in einer Auslassung zur Rede des Ministers Dr. Schürff gegen den Donaubund-Plan fest, Paris und Prag hätten vor einigen Monaten in Wien sondieren lassen, ob Oesterreich geneigt sei, in der Frage des Donaubundes den ersten Schritt zu tun. Oesterreich habe es jedoch abgelehnt, diesem Rat zu folgen. Es habe in der zweiten Dezemberhälfte des vergangenen Jahres in einer ausführlichen Note an alle interessierten Mächte seinen ablehnenden Standpunkt begründet.

Kommunistischer Landtagsabgeordneter erschlägt einen Angreifer

Neustadt (Oberschl.) 28. Jan. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Tunkel aus Lobkowitz befand sich eines Abends in Begleitung von zwei Männern auf dem Heimwege. Der eine Begleiter verabschiedete sich nach kurzer Zeit, während der andere mit Tunkel noch eine Strecke weiterging. Plötzlich fiel, nach Aussage Tunkels, der Mann über Tunkel her, versuchte ihn niederzuschlagen und zu berauben. In der Notwehr griff Tunkel zu einem Stemmeisen, das er zufällig bei sich trug und schlug den Angreifer nieder, der bald darauf seinen Verletzungen erlag.

Das gesunkene englische Unterseeboot noch nicht gefunden

London, 28. Jan. An den Nachforschungen des gesunkenen englischen Unterseebootes nehmen 18 Schiffe und ein Marineflugzeug teil. Trotz der fieberhaften Bemühungen konnte das Unterseeboot noch immer nicht gefunden werden. Man hält es für unwahrscheinlich, daß der am Mittwoch früh auf dem Meeresgrunde festgestellte Gegenstand das Unterseeboot sein könne. Die Arbeit mit Tauchern war wegen schwerer See nicht möglich.

Generalstreik in Spanien flaut ab

Madrid, 28. Jan. Der Generalstreik flaut immer mehr ab. In Sevilla, Almeria, Alicante, Alcoy und in mehreren kleineren Städten dauern Teilstreiks noch an. Zu neuen kommunistischen Umtrieben ist es dagegen in der Nacht zum Mittwoch in dem Dorfe Solana in der Provinz Valencia gekommen, wo die verhetzte Bevölkerung das Pfarrhaus belagerte und den Ortspfarrer bei seinem Erscheinen durch Schüsse schwer verletzte. Außerdem wurde dort das Rathaus gestürmt und die Sowjet-Flagge gehißt. Auch wurden die Gleise einer Nebenbahn zerstört. Am Mittwochmorgen stellten starke Abteilungen der Guardia civil, die von Valencia herbeigerufen wurden, die Ordnung wieder her. Auch in Dörfern der Provinz Saragossa, wo die Kommunisten die Herrschaft an sich gerissen hatten, konnten Polizei und Militär die Ordnung wieder herstellen. In Padul bei Granada wurden zwei Arbeiter durch einen Polizeiposten erschossen.

Amtliche Bekanntmachungen

Unter den Viehbeständen der Gehöfte:
1. Hemmstraße 1,
2. Kreuzstraße 56,
3 Rostwinkler Landstraße 153,
4. Hasenbüren, Landstraße 75,
5. Seehausen, Landstraße 118,
ist Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Die Gehöfte sind gesperrt. Sperrgebiete zu 4. die Gehöfte Nr. 58–75 an der Landstraße in Hasenbüren, zu 5. die Gehöfte Nr. 110–132 an der Landstraße in Seehausen.
27. 1. 1932. **Polizeidirektion.**

Herr Heinrich Westermann, Schuhmacher, Falkenbergstraße 62, tritt aus dem Wahlvorschlag Schulze an Stelle des Herrn Oskar Schulze in die Arbeiterkammer ein.
26. 1. 1932. **Der Wahlkommissar.**

Betr. Schleusensperrung.

In den Tagen zwischen 8. und 14. Febr., während deren die Schleuse beim Dörverdener Wehr für die Schiffahrt gesperrt sein wird, werden auch die Bremer Weserschleusen für 2 bis 3 Tage für jeglichen Verkehr gesperrt werden. Die genauen Sperrtage können erst kurz vor der Sperrung bekanntgegeben werden.
25. 1. 1932. **Wasserstraßendirektion.**

Gerichtl. Bekanntmachungen

(Nr. 8.) In das **Handelsregister** ist eingetragen:

Am 26. Januar 1932:

Dedegeha-Stauerei Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen: Otto Richard Geisler ist am 12. Januar 1932 als Geschäftsführer ausgeschieden. Der Prokurist Benno Rudolph Hermann Hupfe und der Betriebsleiter Willi August Hoeppel, beide in Bremen, sind zu Geschäftsführern bestellt.

Elebich u. Schünemann, Bremen: Die an Wilhelm Holsermann, Georg Schünemann und Friedrich Hartung erteilten Prokuren sind erloschen.

Heise u. Eschenburg, Installations- und Starkstrom-Büro, Bremen: Die Firma ist abgeändert in: **Heise u. Eschenburg.**

Heilmann u. Co. Kommanditgesellschaft, Bremen: Die Prokuren von G. Rabe und E. F. A. Krumpe sind erloschen.

Verlag „Der Schlüssel zum Eigenheim" Ludwig Heilmann, Bremen: An Ernst Heinrich Peter Ferdinand Helmers ist Prokura erteilt.

Otto Walter, Bremen: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Eine Liquidation findet nicht statt. Die Firma ist erloschen.

W. Frank u. Co., Bremen: Die Gesellschaft ist aufgelöst worden. Liquidator ist der Kaufmann Rudolf Clemens Paul in Reichenbach in Vogtland.

G. Frese, Bremen: Das Geschäft ist durch Vertrag vom 16. Januar 1932 auf den Kaufmann Rudolf Bernhard Friedrich Azen in Bremen übertragen. Dieser führt es seit dem 21. Januar 1932 unter Uebernahme der in dem genannten Vertrage (27a) d. R. aufgeführten Aktiven, jedoch unter Ausschluß der Passiven und unter unveränderter Firma fort. Die Prokura von H. H. R. Reese ist erloschen. Die an Heinrich Neubaus erteilte Prokura bleibt in Kraft.

Amtsgericht Bremen.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Inhabers einer Schlosserei Ernst Eduard Kühne ist Termin zur Anhörung der Gläubiger zu dem Antrage des Verwalters auf Einstellung mangels Masse auf den

9. Februar 1932, vormittags 10,15 Uhr,

im Gerichtshaus, Zimmer 84, anberaumt.
25. 1. 32. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts.**

Bekanntmachungen auswärtiger Behörden u. Gerichte

Am 13. Februar 1932, 9,30 Uhr, soll in der Lohmannschen Gastwirtschaft in Labauhafen die Anbauerstelle Haus-Nr. 65 bal. Eigentümer: Anbauer und Bäcker Albert Hinrichs in Labausen, Haus-Nr. 65, groß: 10,49 ar mit 105 RM. Nutzungswert, bestehend aus Wohnhaus mit Hofraum (in dem Hause wird eine Bäckerei mit Kolonialwarenhandlung betrieben) öffentlich zwangsversteigert werden. Sicherheitsleistung in Höhe von 10 Prozent des Bargebots wird möglicherweise im Termin verlangt.

Amtsgericht Sulz, 22. 1. 1932.

Schauspielhaus

Kommenden Donnerstag, 4. Februar:
Gastspiel des glänzenden Berliner Komikers
Curt Bois
vom Deutschen Theater, Berlin, mit hervorragend. Ensemble:
Dienst am Kunden
Schwank in 3 Akten von Curt Bois und Max Hansen.
Die Tournee Curt Bois' bringt in allen Städten Deutschlands übervolle Häuser.
„Curt Bois ist der Rastelli des Theaters". Neue Züricher Ztg.
„Curt Bois hat die Züricher im Sturm erobert". Züricher Ztg.
„Wer aus der Trübsal des Tages heraus will: Curt Bois lehrt ihn wieder lachen". Schwäb. Merkur.
Kleine Gastspielpreise
Man bestelle sofort.

Schauspielhaus

Freitag, den 5. Februar.
Sonnabend, den 6. Februar.
Sonntag, den 7. Februar.
Mittwoch, den 10. Februar:
Gastspiel
Otto Gebühr
des berühmten Fridericus-Darstellers
in
Die Ballerina des Königs
Lustspiel von Rudolf Presber
Friedrich der Große ..... Otto Gebühr
Man bestelle sofort
(Gewöhnliche Preise)

Stadttheater

Heute
Donnerstag, 20 Uhr, Ende ungef. 22.45 Uhr. 107. Ab.-Vorstell.
Der große Lustspiel-Erfolg
Die Journalisten
von Gustav Freytag
Freitag, 18.30 Uhr, 108. Ab.-V.
Dritte Vorst. im Wagner-Zyklus
Der Ring des Nibelungen
Siegfried
Sonnabend, 20 Uhr,
109. Abonnements-Vorstellung
Die Kaiserin
Sonntag, 31. Januar, vormittags 11 Uhr, Vorstellung für die Deutsche Jugendbühne
Ganz kleine Preise, 30 Pfg.—2 Mk.
Minna von Barnhelm
Nachmittags 15 Uhr
Im weissen Rössl
Abends 19.30 Uhr, 110 Ab.-Vorst.
Margarethe
Dienstag, den 2. Februar
20 Uhr, 111. Abonn.-Vorstell.
tanzen und spielen
Indischer Hindus
Preise 80 Pfg. bis 5.50 Mk.
Vorverkauf täglich!

In den Centralhallen
Düsternstraße:
Volkstüml. Vorst. des Stadttheaters
Freitag, 29. Jan., Sonntag, 31. Januar, 20.15 Uhr
Die erfolgreiche Posse
Robert u. Bertram
oder
Die lustigen Vagabunden
Mit Musik — Gesang — Tanz!
Kleine Preise: 1.—, 1.50, 2.—

Schauspielhaus

Heute
8 Uhr, Ende 10.30 Uhr:
12. Sonder-Abonnement
Das grandiose Dichterwerk
Rauhnacht
Schauspiel von Richard Billinger
Freitag, Serie G/12
Das Geschäft mit Amerika
Lustspiel in 3 Akten von Paul Frank
Hierauf
Satans Maske
Groteske von Paul Czinner
Sonnabend, nachmittags 4.30 Uhr
6. Sonnabend-Nachmittag
Der Graue
Schauspiel von Friedrich Forster
Karten zu 1.30 Rm. an der Kasse
Sonnabend, abends 8 Uhr
In neuer Einstudierung
Die spanische Fliege
Schwank von Bach und Arnold

Neue Limousinen
Selbstfahrer
Auto-Meyer
Weser 84503

Fahrschule Edmund Will
Georgstraße 65
Roland 7341

Farben
Lacke
Pinsel
sämtl. Wasch- und Putzmittel nur beim
Fachmann
Farbenhandlung
Franz Korthoff
Bachstr. 139

Zu verkaufen
Eine sehr gut erhaltene erstklassige
Schreibmaschine
Wiesbadenerstr. 91

Inseriert in der B.N.Z.

Eier, Butter Aufschnitt
kauft man am besten bei
Eickhorst
Buntentorsteinweg 163
Freitag Frische Hausmacherwurst

Werbt für die BNZ

Kameradschaftsabend des Sturm 3/75 „Johann Gossel"
Am Sonnabend, dem 30. Januar, 20.30 Uhr
in Gielers Festsälen.
Mitwirkende:
Standartenkapelle 75
Christa Vollmer-Gérard, Gesang
Johann Hase, Violine
Dr. Karl Gérard, Sturmbannarzt, Klavier
Karl C. Klink, Rezitation und Sprechchorleitung
„Gossel"-Sprechchor
Schnellkarikaturist (??)
Große Verlosung
Verkaufsstellen: Geschäftsstelle, Rembertistraße 31/32
B N Z, Papenstraße 15
Schöfer, Pelzerstraße 12/13
Deutsche Bücherei, Bahnhofstraße 1
Eintritt 50 Pfg., Erwerbslose a. d. Kasse 25 Pfg.

Stellengesuche
Jg. SS.-Mann
s. Stellung irgendwelcher Art, französ. Sprachkenntnisse vorhanden.
Angeb. unt. Z 285

Apfelsinen Weintrauben, Äpfel
Siebert Burhenne
D. 27415 frei Haus
Ostertorstwg. 5 (Nähe Sielwall)

Hinein in die SA

Wußten Sie schon, daß **Pg. A. Steinke** beste Maßkleidung zu äußerten Preisen arbeitet
SA-, SS-Maßbreeches sehr preisw.
Maßschneiderei Goethestraße 28
H. 42029, Zahlungserleichterung

Der Friseur
Pg. Joh. Benecke
Bachstraße Nr. 54
ist gut u. billig!

Vereinsabzeichen
Gravierungen
Bruno Mulde
Stempelfabrik
Bremen
Wegesende
Tel. Domsheide 8
Wäschereiabhohlungen

Abnehmer für gute und preiswerte
Landwurst
gesucht.
Anfragen Rol. 4073.

Anzeigen-Schluß für die „B. N. Z." 9 Uhr vormittags

Kauft nicht im Warenhaus

KOHLEN
H. Goltermann
Thielenstr. 2, Weser 81288

Gib Dein Kampfblatt weiter

Aus Bremen Stadt und Staat

Die „Eiserne Front" in der Angestelltenkammer

GdA. und DBV. wählen den marxistischen Afabund

Der Marxismus hat sich in Deutschland so durchsetzen können, weil ein wurzelloses Bürgertum in seinem hemmungslosen Anlehnungstrieb ihm die Steigbügel hielt. Als ein typischer Vertreter dieses Bürgertums offenbart sich der Gewerkschaftsbund der Angestellten und sein Koalitionsgenosse der Deutsche Beamtenverein. Er ist nicht national, sondern „freiheitlich"-national. Wenn man die reichlich mit Phrasen gespickte Begründung für diese Unterscheidung untersucht, stößt man sofort auf das Gedankengut der Linksdemokraten und Staatsparteiler, die ihre demokratischen Freiheits- und Menschheitslügen aus der französischen Revolution, mottensicher verpackt, immer wieder versuchen an den Mann zu bringen. So schwankt der GdA. und der DBV. wie ein Pendel zwischen dem marxistischen Afabund und dem völkischen DHV. Jetzt aber ist die Maske gefallen. **Der GdA. und der DBV. haben sich eindeutig für den marxistischen Afabund entschieden und ihre Stimmen bei der Vorstandswahl den Marxisten gegeben.**

Es ist von den Nationalsozialisten nicht vergessen, mit welcher Parole der Geschäftsführer Taeger die Wahl zu der Angestelltenkammer betrieb. Es rauschte in den GdA.-Blättern nur so von nationalen Worten. Als aber die Wahl zu einer Wahlniederlage des GdA. führte, ging er bei der Wahl des Vorstandes mit Pauken und Trompeten zu den Roten über. Er konnte sich zwar nicht dazu entschließen, das Angebot des DHV., den Vorstand marxistenrein zu bilden, anzunehmen, doch ließ er sich gern vor den Wagen des Afabundes spannen und bildete zusammen mit den Vertretern des Afabundes den Kammervorstand. Selbstverständlich konnte der Vorsitzende Marquardt des Deutschen Bankbeamtenvereins, der aus dem DBV. in Bremen eine bedeutungslose Filiale des GdA. gemacht hat, bei diesem Kuhhandel nicht fehlen.

Ein Jahr lang haben also Afa., GdA. und DBV. in treuer Waffenbrüderschaft regiert, das heißt der Afabund kommandierte und die Herren Taeger und Marquardt führten aus. Es ist einfach grotesk, daß diese sogenannten bürgerlichen Angestelltenverbände es sich zur Aufgabe machten, fast alle sachlich begründeten und zum Wohle der bremischen Angestellten gestellten DBV.- und BwA.-Anträge mit den Roten zusammen niederstimmten. Eine kleine Blütenlese aus der Gemeinschaftsarbeit dieser „Eisernen Front". Der DBV. beantragt, daß von den drei Syndikern einer abgebaut wird, damit die ersparten Gelder für Wohlfahrtszwecke verwendet werden können. Da in der Kammer zwei Syndiker der Afagruppe angestellt sind, ist es selbstverständlich, daß der 3. Syndiker sich um eine andere Stelle bemühen muß. Der GdA. und DBV. stimmt mit dem Afabund zusammen diesen Antrag nieder. Der DBV. wendet sich dagegen, daß eine namhafte Summe für überflüssige Schulexperimente verpulvert wird. GdA., DBV. und Afa stimmen den Antrag nieder. Der DHV. und der BwA. beantragen eine großzügige Hilfsmaßnahme für die Stellenlosen. Afa und GdA., einschließlich DBV. stimmen den Antrag nieder, wählen den bequemen Weg der Winterhilfe und bringen die Stellenlosen, die in jedem Jahr wenigstens einige Mark ausgezahlt bekamen, um diese Unterstützung. Sie lehnen dazu die Wohlfahrtsmaßnahmen der Angestelltenkammer grundsätzlich ab, beschließen, nach der Aufzehrung des Vermögens überhaupt keine Wohlfahrt mehr zu leisten.

Die Beitragssenkung von 50 Pfennigen im Jahr dient der demagogischen Verschleierung. Afa und GdA. verabschieden ohne Grund den Voranschlag für 1932 bereits Ende des Jahres, lediglich um den im Jahre 1932 zu wählenden Vorstand festzulegen.

Das tollste Stück eines „freiheitlich auch nationalen" Angestelltenverbandes hat sich der GdA. und sein Anhängsel, der Deutsche Bankbeamtenverein, jedoch bei der diesjährigen Vorstandswahl der Angestelltenkammer geleistet. Zunächst versucht der GdA. die Oeffentlichkeit über seine wahre Gesinnung zu täuschen. Es fallen große Worte über die notwendige Zusammenarbeit in der Kammer, es werden Briefe in diesem Sinne an den DBV. geschrieben und die Angestellten damit geschreckt, daß die Angestelltenkammer kein Tummelplatz gewerkschaftlicher und parteipolitischer Kämpfe werden dürfte und sich wunder sachlich und national gebärdet. Zu einer klaren Entscheidung für die nationale Front kann der GdA. und der DBV. nicht gelangen. Er fühlt sich eben nur wohl, wenn er die Marxisten und die Nationalen unter einen Hut gebracht hat, damit er im trüben fischen kann. Allzusehr weiß der GdA., daß der DBV. und BwA. in der Angestelltenkammer in der Minderheit sind und eine Beteiligung am Vorstand damit gleichbedeutend ist, daß jetzt auch im Vorstand der DBV. niedergestimmt werden kann und damit seine Bewegungsfreiheit verliert.

Nationalsozialistische Angestellte merkt auf!

Der GdA., DBV. und der Afabund hatten eine Vereinbarung getroffen, daß sie gegenseitig ihre Kandidaten wählen würden.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Deutsche Bankbeamtenverein gaben ihre Stimme den marxistischen Vertretern des Afabundes.

Es ist bezeichnend, **daß der in der GdA.-Fraktion sitzende Stahlhelmmann mit für die Roten stimmte,** wie er überhaupt die marxistentreue Haltung des GdA. billigt. Afa, GdA. und DBV. wollen die „Eiserne Front" in der Angestelltenkammer bilden — aber die erstaunten Angestellten sehen nur eine Wellblechfront, nach allen Seiten gebogen und voller Risse.

Pg. Heinrich Rinne.

Haftbefehl bestätigt. In der Voruntersuchungssache der Gebrüder Lahusen hat die Strafkammer Bremen auf Grund der mündlichen Verhandlung im Haftprüfungstermin über den von der Verteidigung gestellten Antrag auf Haftenlassung des angeschuldigten G. Carl Lahusen entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft beschlossen, daß der Haftbefehl aufrechterhalten wird. Das Gericht hat den Verdacht, daß der angeschuldigte Carl Lahusen in der Absicht der Gläubigerbenachteiligung gehandelt habe (Konkursverbrechen). Nicht als dringend ermächtigt ihn dagegen hinsichtlich der Vergehen das die Paragraphen 240 Ziffer 3 Konkursordnung, 312, 314 Ziffer 1 des Handelsgesetzbuches 263 des Strafgesetzbuches bejaht, ferner Fluchtverdacht auch bei Stellung der von dritter Seite angebotenen Sicherheit, sowie Verdunkelungsgefahr, als fortbestehend angenommen.

„Die Rassen im Weltenkampf"

Der Ring der jungen Mannschaft im DHV. veranstaltete am vorigen Freitag, 22. Januar, seinen Januar-Vortragsabend. Der Ringführer Riedemann konnte vor einem vollen Haus den Sprecher des Abends, Herrn Albrecht Erich Günther, Hamburg, begrüßen. Der bekannte Schriftsteller (Mitherausgeber der Monatsschrift „Deutsches Volkstum") behandelte vor einer sehr aufmerksamen Zuhörerschaft das Thema „Die Rassen im Weltenkampf".

Unter Rasse soll in diesem Vortrag kein naturwissenschaftlicher Begriff verstanden sein; Günther zeichnete vielmehr in umfassenden Zügen das Problem „Gelb — Schwarz — Weiß". Nur zu leicht lassen wir Europäer uns von dem Gedanken der Vorherrschaft der weißen Rasse bestricken. Ein Blick in die Geschichte der Völker belehrt uns aber, daß ein ständiger Kampf um die Vormachtstellung geführt wurde, der auch in Zukunft nicht aufhören wird. Denken wir nur an den Kampf Persiens gegen Griechenland, an das Eindringen der Araber in Frankreich, an den Einfall der Hunnen in Ungarn oder an das Vordringen der Türken bis Wien. Ein dauerndes Ringen zwischen Asien und Europa, bei dem die Rollen des Stärkeren und Schwächeren wechseln.

Imperialistischer Kapitalismus und auf die Naturwissenschaften gegründete Technik ließen Europa an seine unbestrittene Vormachtstellung in der Welt glauben. Noch zu Beginn des 20. Jahrhundert sprach man z. B. von einer Aufteilung Chinas unter die europäischen Mächte. Das 400-Millionen-Volk der Mitte hat aber so oft es mit der weißen Rasse in Berührung kam bewiesen, daß es in seinem Gefüge unerschütterlich bleibt. Das ewig herrschende Chaos ist die instinktiv begründete, erfolgreiche Abwehr gegen das Eindringen der weißen Rasse. China hat sich durch westlerische Zivilisation nicht beeinflussen lassen, weil bodenständige Volkskraft und tiefwurzelnde Religiosität eine stärkere Bindung sind. Selbst die Technik, die China übernahm, mußte sich einfügen in das Glaubengebäude des Volkes. — Das ähnliche Bild in Indien. Das Erbe einer einstigen arischen Herrenschicht, die durch Jahrtausende rein und unverfälscht erhaltene Kastenordnung, in der schon der Schatten eines Paria den Brahmanen verunreinigt, wie die religiösen Gegensätze zwischen Hindus und Mohammedanern machen die Errichtung eines selbstverwalteten Nationalstaates illusorisch. „Inder, unterstützt die Engländer nicht in der Beherrschung und Ausbeutung Indiens!" ruft Mahatma Gandhi. Gelingt das, so wanken Englands Stützen. Ohne einheimische Polizei und ohne einheimische Beamte ist Englands Macht in Indien gebrochen. Für einen Nationalstaat nicht reif, wird Gandhi in Indien das Chaos entfesseln, das Chaos von China. Bei aller Sympathie für indische Freiheitskämpfe dürfen wir Deutsche jedoch nicht vergessen, daß ein in Indien gebundenes England in Europa eine Politik der Schwäche betreiben wird und somit die beste Sicherung der französischen Militärhegemonie darstellen würde. Diese Beanspruchung Englands in Indien läßt Frankreich einem immer stärkeren Druck auf Deutschland ausüben. —

Die Erschließung Afrikas für europäische Interessen vollzog sich reibungsloser als der Versuch, in Asien Einfluß zu gewinnen. Doch das Ergebnis europäischer Zivilisation, getragen von Frankreich und England, war eine Entwurzelung des schwarzen Menschen aus allem Bodenständigen. Der verproletarisierte Nigger war das traurige Ergebnis einer unverständigen Kolonialpolitik. Das zweite Verbrechen an Afrika zugleich ein Verbrechen an der weißen Rasse, war die Schaffung einer schwarzen Armee durch Frankreich, die in den Kampf gegen Weiße gestellt wurde. Die Verwendung schwarzer Truppen in europäischen Kriegen auf europäischem Boden ist eine Untat, die jeden Anspruch Frankreichs auf eine Führerstellung in Europa für immer erlöschen läßt. Die Ideen der französischen Revolution, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, haben in aller Welt kläglich Schiffbruch gelitten. Der falschen These eines Paneuropa steht als Antithese die Forderung nach selbständigen Staaten gegenüber. Europa ist aber nicht hinwegzuleugnen. Europa ist eine geschichtliche Tatsache. Europa kann nur bestehen als ein Gefüge von Staaten, die ihrem Werte gemäß nach Rang geordnet sind. Niemals kann z. B. Polen dem deutschen Reich gleichgestellt werden, nur weil es auch eine Nation ist. Entscheidend ist nur die geschichtliche Leistung, die geschichtliche Aufgabe. Das Reich zu haben heißt für uns Deutsche, bedeutet für die Welt ein Europa der Kraft und Stärke. Entweder ist Deutschland wie heute Ohnmachtsstaat; dann herrscht Unfriede. Oder wir sind Vormachtstaat unserer geschichtlichen Mission entsprechend; dann ist, wie in den Jahren 1871—1914, der europäische Friede einschließlich der französischen Sicherheit garantiert. Frankreich steht unter der lähmenden Erkenntnis, sich niemals allein gegenüber einem starken, gesunden Deutschland behaupten zu können. Deshalb sein Schrei nach Sicherheit, sein Wunsch auf Stabilisierung des Zustandes von 1918. Verständigungspolitik ist eine Illusion, ist für uns Deutsche unmöglich, solange Frankreich sie auf der Basis seiner Vormachtstellung verhindern will und muß. — Die Führung der weißen Rasse kann der geschichtlichen Sendung entsprechend nur bei uns liegen. Wir wollen und müssen, unserer großen geschichtlichen Mission bewußt, wieder gesunden und erstarken. Dieser Weg führt nur über eine nationale Revolution. —

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Aussprache an. Der Abend wurde beschlossen durch ein packendes Schlußwort A. E. Günthers, das ein mahnender Appell an die einsatzbereite junge Mannschaft des DHV. war.

Gislut

EINE DEUTSCHE BEWEGUNG

von E. CZECH-JOCHBERG

Sonderbare Töne dringen von außen zu den Fenstern herauf. Wie das Murmeln eines Baches.

Es sind die Sprechchöre der Nationalsozialisten unten auf dem Platz.

— — — — — — — —

Hitler hat ausgesagt, daß er legale Wege gehen wolle. Daß die Wahlen entscheiden sollten!

Konnte man trotzdem die Offiziere verurteilen? War das denkbar?

Einhunderteinundsieben vaterlandsglühende Menschen zogen in den Reichstag ein. Einhunderteinundsieben, die Deutschland emporheben wollten in den Glanz vergangener Tage.

Das waren Feinde Deutschlands? Die anderen, die Leute mit Sowjetstern und Sowjetgeldern, das waren keine Feinde? Und die preußische Regierung, das waren Menschen, die nichts und nichts und nichts anderes wollten als Deutschlands Auferstehung?

Es war lächerlich, an eine Verurteilung der Offiziere auch nur zu denken!

— — — — — — — — —

Die Menge unten auf dem Platze war nicht mehr zu halten. Die Polizei mußte immer von neuem säubern. Aber kaum waren die Letzten abgedrängt, so war hinter der Polizei schon wieder der halbe Platz schwarz von Menschen. Wie aus einem unerschöpflichen Reservoir floß der Strom.

Lieder wurden gesungen, brausten tausendstimmig; Sprechchöre, nicht immer ganz harmlos, dröhnten . . .

Plötzlich fuhr die Feuerwehr heran mit ihren schweren roten Motorspritzen.

„Es brennt da drinnen", höhnten die Leipziger und ließen sich nicht stören . . .

Mit welcher Begründung sollten die Offiziere, die man schmählich vom Exerzierplatz, von den Kasernen weg verhaftet hatte, verurteilt werden. Etwa weil sie Patrioten waren?

Unsinn!

Aber dann gab es doch viel Unruhe in Leipzig, als die Stunde der Verkündung des Urteils näher rückte. Das große Haus war umlagert, ununterbrochen klangen die Rufe der Sprechchöre empor oder nationale Lieder . . .

Der Saal war zum Bersten voll von Bangen und Nervosität.

Ruhig, beinahe gutgelaunt nur die Angeklagten.

Da erschien der rotgekleidete Gerichtshof.

Man hörte einen Bleistift zu Boden fallen.

Lange Verlesung, endlich das Urteil.

Wie . . . hatte man schlecht verstanden? Verurteilt?

Da gellt eine Stimme durch den Raum, schrill wie eine Sirene. Eine Frau schreit: „Zu welchem deutschen Gericht soll man denn Vertrauen haben, wenn . . ."

Polizeibeamte schleppten sie schon davon. Das Auditorium aber fiebert vor Wut. Nur die Pressevertreter machen ernste Mienen: Gott sei Dank, es wird noch nicht nach Hitler regiert . . .

Da bellt der ganze Saal. Ein jeder hat plötzlich Husten bekommen, und der Vorsitzende kann nicht weiterlesen.

„Wer Husten hat, soll draußen husten", sagte er.

Deutsche Offiziere, die Nationalsozialisten sind: Ein Jahr sechs Monate Festung für dieses Verbrechen!

23. Kapitel.

Il Fascio

Der Faszismus und der „Hitlerismus" — Zug auf Rom — Die nationalsozialistische Bewegung — Trennendes, Gemeinsames — „Der Faszismus ist keine Exportware"

Ich befand mich auf der Reise nach Rom. Zwischen zwei Direttissimi stieg ich in Bologna aus, schritt über den Bahnhofsplatz, streichelte mit meinen Blicken die wundervollen Marmorlauben, die in die Stadt führen zum Municipio.

Ich begriff die Trostlosigkeit des damaligen italienischen Lebens. Alles war außer Rand und Band. Aus den Fabriken führte man die Direktoren und Eigentümer im Schubkarren hinaus: „Vollständige Sozialisierung" war die tägliche Predigt der Arbeiterpresse. Das Militär war verschüchtert und ohne Befehl, weil die Regierung die Zügel aus der Hand verloren hatte. Der Terror herrschte.

Aber es werde anders werden, tuschelte man. Es würden andere Zeiten kommen. Die Lira würde wieder steigen, und der Besitz würde wieder geschützt sein. So sagte man mir.

Ein bologneser Student mit der sonderbaren langschnäbeligen Kappe bekam glühende Augen. Ein Arbeiter in der Ecke lachte roh.

In derselben Stadt, mitten in der Nacht. An irgendeiner Ecke wüster Lärm, Schreien, Tumult. Ein Lastkraftwagen rast durch die Straßen. Schwarze Gestalten darauf, schwarze Troddeln auf schwarzen Mützen.

Sie sausen heran, sind rasch vom Wagen, stürzen sich wie irrsinnig auf die Masse, schlagen Bresche in die Menschen, Schüsse knallen.

Plötzlich ist die Nacht in Feuer getaucht. Ein Haus brennt . . .

Neben mir ein alter, feiner Herr, eine grünweißrote Kokarde im Knopfloch. Er sagte spontan zu mir: „Sie sind entsetzt, nicht wahr? Sind Ausländer? Nur diese jungen Burschen können Italien retten . . ."

„Wer sind diese Leute?"

„Faszisten."

In Italien ist das möglich: Daß ein fremder, feiner Herr uns in das nächste Kaffeehaus führt und uns von italienischen Dingen erzählt und sich freute, daß man dieses gottgesegnete, damals allerdings auch sorgengepeitschte Land liebt . . .

— — — — — — — — —

Dann begegneten sie mir oft, die Faszisten. Polterten in Lastautos an mir vorbei, marschierten schnell an mir vorüber, Lieder mehr ausstoßend als singend. Man las von ihnen aber auch in den Zeitungen. Da einer auf bestialische Weise umgebracht, dort ein paar. Es mußten mutige Leute sein, denn auf dem Bekenntnis zum Faszisten stand der Tod!

Der Tod durch die Hand der Kommunisten.

Trotzdem, oder vielleicht eben deshalb, blieben sie immer in der Offensive. Bald loderten die Redaktionen der Gegner als Riesenfackeln über den Städten.

Auch sie also hatten eingesehen: Terror war nur durch verschärften Terror zu brechen!

(Fortsetzung folgt.)

Goethe-Feier in der Kunsthalle Bremen. Die Kunsthalle Bremen veranstaltet am **Sonntag, 28. Februar, mittags 12 Uhr,** in ihren Räumen eine besondere Goethe-Feier. Senator Dr. Hermann Apelt spricht die einleitenden Worte, Kammermusik Bachs und Beethovens folgt. Hedwig Faßbaender spielt mit Dr. Hanns Rohr die h-moll-Violinsonate Bachs, Beethovens größtes Klaviertrio op. 97 in b-dur schließt in der Wiedergabe des „Faßbaender-Rohr-Trios" (Cello: Ludwig Faßbaender) an. Die Eröffnung einer Goethe-Gedächtnis-Ausstellung (Autogramme Goethes und des gesamten Weimarer Musenhofes aus der Sammlung Ernst und Theone Kellner, Bremen, mit kurzer Ansprache Dr. Rudolf Alexander Schröders beschließt die Morgenfeier an der Stätte der bildenden Kunst. Allgemeiner Kartenverkauf ab 10. Februar in der Kunsthalle. Mitglieder des Kunstvereins zu 1 Mk., Nichtmitglieder zu 2 Mk. Vormerkungen werden schon jetzt entgegengenommen. Der Reinertrag dient zum Ankauf von Kunstwerken.

Selma Lagerlöf, Sigrid Unset und Richarda Huch, in ihrer Bedeutung für die innere Befreiung der Frau, werden von der Weimarer Schriftstellerin Emmy von Egidy am Donnerstag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, besprochen. Der Vortrag wird veranstaltet von dem Frauenstadtbund Bremen und findet in der Buchhandlung von Halem, Schleifmühle 63, statt. — Wer die psychologisch feinfühlige Art von Frau von Egidy kennt, wird sich diese Stunden geistig seelischer Vertiefung nicht entgehen lassen. — Für Schüler und Mitglieder des Frauenstadtbundes ist der Eintrittspreis von 1 Mk. auf 50 Pfg. ermäßigt. — Zu dem Vortrag sind Frauen und Männer aller Kreise herzlich geladen.

Marzipe herstellung in Bremen. Vor einigen Tagen berichteten wir, daß es in Bremen keine Firma gebe, die Marzipanmasse herstellt. Wir werden nun von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht, daß die Bremer Schokoladefabrik Hachez u. Co. Marzipan selbst fabriziert. Was uns die Firma bei Nachfrage auch bestätigte.

Die Winterhilfe schreibt uns:

Marzipan-Lotterie. Der Verkauf der Wohlfahrtskugel hat begonnen. An allen großen Plätzen und längs den Hauptstraßen stehen die weiß-roten Marzipan-Männer mit ihren lustigen Trommeln, in denen die Glückskugeln rollen. Sie ermahnen die Bremer an die Pflicht — eine durch Marzipan versüßte und mit Gewinn-Aussichten reich bedachte Pflicht — die sie der Winterhilfe gegenüber haben. Denn da die Bremer Haussammlungen hinter den Erwartungen zurückblieben, werden die Erträge dieser Wohlfahrtslotterie zur Linderung der Not der Erwerbslosen dringend benötigt. In den beiden ersten Verkaufstagen sind 24 000 Kugeln verkauft worden, denen jede 10. Kugel einen Gewinn enthielt. Die Scheine sind in Pergaminpapier gewickelt in die Kugeln eingebacken. Jeder Käufer muß also die Kugel auseinanderbrechen und ihr vor dem Verzehren den gefalteten Schein entnehmen. Am ersten Tage haben viele Bremer herzhaft in die runde schwarze Kugel hineingebissen. Einige sollen den Schein sogar mit hinuntergeschluckt haben. Hoffentlich ist er ihnen gut bekommen. Da bereits ein Angestellter und ein Erwerbsloser je einen 500-Markschein gezogen haben, dürfte ein 500-Markschein nicht in einen Bremer Magen gewandert sein. Und wenn, so würde auch dieser bei der Sparkasse nicht zur Einlösung kommende Betrag der Bremer Winterhilfe zufließen.

Fahrpreisregulierung im Südamerika—(Ostküsten)-Verkehr. Die am Passagierverkehr nach der Ostküste Südamerika beteiligten Schiffahrtsgesellschaften haben, wie der Norddeutsche Lloyd, Bremen, mitteilt, infolge des Schwankens des Pfundes beschlossen, auf Basis eines Umrechnungskurses von 4,35 Dollar für ein Pfund Sterling wieder feste Raten einzuführen. Diese Neuregelung bedeutet praktisch eine Ermäßigung von 10 Prozent gegenüber den früheren Goldpfund-Preisen.

Die Vereinigten Theater schreiben uns: Und wieder bringt das **Metropol-Theater** ab Freitag, den 29. Jan., einen großen Bombenschlager mit der glänzenden Ufa-Ton-Operette „Ronny". Jede Ufa-Ton-Operette war zu jeder Zeit ein großer Erfolg, ihre Schlager wurden auf allen Bölen, in allen Kaffeehäusern gepfiffen und alle Welt sang und tanzte ständig die schmissigen Schlager. Mit „Ronny" präsentiert die Ufa eine Original-Tonfilm-Operette, die von einem Komponisten von Weltruf, wie es Emmerich Kalman ist, in Musik gesetzt wurde. Wenn je ein Werk geeignet ist, alle Welt im Kino zusammenzuführen, so ist es dieses. Kalman, der Meister der großen Operette, dessen „Csardasfürstin", „Gräfin Mariza", „Faschingsfee", „Zirkusprinzessin" und andere die Operettenbühnen der Welt beherrschten, konnte zum ersten Male für den Tonfilm gewonnen werden. Alles in diesem Film ist Musik. Nicht nur die Schlager, nicht nur die Zwischenmusik, nein, alles singt, schwingt und tanzt, der entzückende, zu Herzen gehende Stoff, die in strahlender Laune sich dem Publikum darbietenden Schauspieler: heiter, lustig, launig, schmissig, üppig, das sind die vielsagenden Attribute dieser großen Film-Operette, die in Prunk und Prachtentfaltung Einzigartiges gibt, ist doch „Ronny" ein Millionenfilm. Die Hauptrollen sind mit Willy Fritsch, Käthe von Nagy, Hans Waßmann, Otto Wallburg, Olli Gebauer, Kurt Vespermann u. a. allerbestens besetzt. — Im **Kaiser-Theater** gelangt ab Freitag, den 29. Jan., die köstliche Satire „Der Hauptmann von Köpenick" mit Max Adalbert, Friedrich Kayßler, Käthe Haack, Max Gülstorff u. v. a. in den Hauptrollen zur Vorführung. — Das **Apollo-Theater** bringt ab Freitag, den 29. Jan., noch den bisher in Bremen mit einem geradezu beispiellosen Erfolg gelaufenen Ton-Großfilm „York" mit Werner Krauß, Grete Mosheim, Hans Rehmann, Theodor Loos u. a. — Im **Palast-Theater** läuft ab **Freitag,** 29. Jan., der packende Sitten-Tonfilm „Herzen in Flammen" mit Marlene Dietrich, Gary Cooper und Adolphe Menjou in den Hauptrollen. — Ein ganz ausgezeichnetes Doppelprogramm bringt ab Freitag, 29. Jan., das **Hansa-Theater** und zwar läuft als Hauptfilm des Abends das große Ton-Lustspiel „Die Liebesfiliale" mit Johannes Riemann, Anny Ahlers, Paul Westermeier, Kurt Fuß, Hermann Picha und in einer tragenden Rolle, seit längerer Filmpause wieder einmal Lotte Neumann. Als zweiten Film zeigt man außerdem den Luftsensations-Schlager „Die Himmelhunde" (Luftpatrouille), der eine Fülle der tollsten und noch nie gesehenen Luftsensationen und tollkühnen Pilotenstückchen zeigt und vom Brillantenschmuggel der amerikanischen Flugzeugbanditen erzählt.

Boxer-Klub Gruppe „Bremen". Am Freitag, dem 22. Jan., fand bei Lührs, Katharinenstraße, die gutvorbereitete Gründungsversammlung statt. Eröffnet wurde die Versammlung durch den Einberufer, Pol.-Hauptwachtm. Allermann, welcher die Anwesenden, insbesondere den 1. Vorsitzenden des Landesverbandes „Norddeutschland", Herrn Specht aus Hamburg, und den 2. Vorsitzenden der Gruppe „Hamburg", Herrn Ahrens, mit herzlichen Worten begrüßte. Herr Specht sprach einleitend über die Bedeutung einer Gruppe und wünscht der Gründungsversammlung und späteren Gruppe „Bremen" guten Erfolg. Nachdem auch Herr Allermann noch über die Notwendigkeit einer Gruppe des Boxerklubs in Bremen, bedingt durch die ausgedehnte Zucht und Halten des Boxers gesprochen hatte, wurden noch 13 Beitrittserklärungen abgegeben, so daß bei Gründung der Gruppe weit über 20 Mitglieder zu verzeichnen waren. Die Leitung der Vorstandswahl hatte Herr Specht übernommen und brachte folgendes Ergebnis: 1. Vors. Pol.-Hauptw. H. Allermann, Weberstr. 11, 2. Vors. Kaufmann D. Sengstacke, Colmarerstr. 16, Schriftführer Wirt L. Röder, Pappelstr. 100. Kassierer Kinobesitzer G. Humpert, Sögestr. 46, Zuchtwart H. Beckfeld, a, d, Gete 1 d, Dressurwart K. Müller, Woltmershauserstr. 242. Beisitzer Frau Erna Fischer, Roonstr. 13, Oberlandjäger Menk, Leuchtenburg, und Herr Junke, Birchowstr. 2. Nach Begutachtung einiger mitgebrachter Boxer durch Herrn Specht wurde die gutbesuchte Versammlung mit einem kräftigen Boxer-Heil geschlossen. Zwecks Neuaufnahme wollen Interessenten sich entweder an den 1. Vors. H. Allermann, Weberstr. 11, oder an den Schriftführer, L. Röder, Pappelstr. 100 (Pappelstuben) wenden.

Bremer Getreidebericht. Weizen: Manitoba (1) 6.— unverzollt. Roggen: Nordrussischer 4.85 unverzollt; Gerste: Donau 4.80 unverzollt, La Plata 4.85 unverzollt, Russen 4.990 unverzollt. Hafer: Pomm. Weißhafer 56-7 Kilo 8.70, do. 54-5 Kilo 8.55, do. 51-2 Kilo 8.35. Mais: La Plata 8.65 verzollt, Donau Galfox 7.80. Tendenz: Ruhig.

25 Jahre „Elektrisches Prüfamt 7"

Am 28. Januar sind 25 Jahre verflossen, seitdem durch Verfügung des Reichskanzlers dem beim städtischen Elektrizitätswerk errichteten „Elektrischen Prüfamt 7" die Befugnis zur amtlichen Prüfung und Beglaubigung elektrischer Meßgeräte erteilt ist.

Bekanntlich werden in fast allen Ländern die dem öffentlichen Verkehr dienenden Maße und Gewichte regelmäßig amtlich geeicht, um das Publikum vor Uebervorteilung zu schützen.

Die Maß- und Gewichtsordnung (zuerst aus dem Jahre 1868), die bei uns in Deutschland im wesentlichen das Gebiet des Messens oder Wägens von festen, flüssigen und gasförmigen Körpern umfaßt, genügte aber nicht mehr, als die Elektrizität in immer steigendem Maße als Licht-, Kraft- und Wärmequelle gewerbsmäßig abgegeben wurde, und damit in fast jedes Haus ein neuartiges Meßgerät, der Elektrizitätszähler, einzog, der den Elektrizitätsverbrauch zu messen und als Grundlage der Verrechnung zwischen Stromlieferer und Verbraucher zu dienen hatte.

Da die Elektrizität unseren Sinnen nicht ohne weiteres wahrnehmbar ist, sondern nur aus ihren Kraftäußerungen festgestellt werden kann, wird es selbst heute noch dem Verbraucher manchmal nicht ganz klar sein, was der Elektrizitätszähler eigentlich mißt; oft genug wird er einen deutlichen Begriff nur mit dem Geldbetrage verbinden, den er monatlich an das Elektrizitätswerk bezahlen muß. Um so mehr war es deshalb geboten, einheitliche elektrische Maße festzusetzen und die Möglichkeit einer amtlichen, die entgegengesetzten Interessen von Käufer und Verkäufer wahrenden Prüfung der elektrischen Verbrauchsmesser zu geben. Zu diesem Zwecke wurde das Reichsgesetz betr. die elektrischen Maßeinheiten vom 1. Juni 1898 erlassen, das unter anderen den Gebrauch unrichtiger Meßgeräte bei der gewerbsmäßigen Abgabe elektrischer Arbeit verbietet und die äußersten Grenzen der zu duldenden Abweichung von der Richtigkeit festsetzt.

Abweichend von der sonst im Maß- und Gewichtswesen üblichen Gepflogenheiten hat indessen der Gesetzgeber für die elektrischen Meßgeräte eine zwangsweise amtliche Eichung zunächst nicht angeordnet; damit obliegt dem Stromlieferer selbst die Verpflichtung, für das durch die gesetzlichen Fehlergrenzen („Beglaubigungsfehlergrenzen") bestimmte Mindestmaß an Richtigkeit bei seinen Zählern zu sorgen.

Als dann bald nach Erlaß des Reichsgesetzes in einer Reihe größerer Städte elektrische Prüfämter ins Leben traten, hat auch die Leitung des hiesigen Elektrizitätswerkes im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit für ihre bereits vorhandenen Zählereichwerkstätten die Befugnis zur amtlichen Prüfung und Beglaubigung von elektrischen Meßgeräten nachgesucht, und nach Beschaffung der dafür erforderlichen Einrichtungen und Präzisionsmeßgeräte für Gleich- und Wechselstrom, sowie nach Erfüllung der sonst noch vorgeschriebenen Bedingungen im Januar 1907 als „Elektrisches Prüfamt 7" erhalten. (Im ganzen Reich bestehen bis heute 17 Prüfämter.)

Damit ist das Prüfamt der technischen Aufsicht der obersten Eichbehörde des Reiches, der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Charlottenburg unterstellt, welche alle einschlägigen Vorschriften nach einheitlichen Grundsätzen für das ganze Reich erläßt, ihre Einhaltung überwacht und eine regelmäßige Nachprüfung der Kontrollnormale des Prüfamtes (Weston-Normalelemente als Spannungseinheit und Metallwiderstände großer Konstanz als Widerstandseinheit) vornimmt. Dadurch ist der dauernde Anschluß an die internationalen elektrischen Einheiten und eine weitgehende Uebereinstimmung für die Grundlagen aller elektrischen Messungen gewährleistet.

Das Prüfamt prüft und beglaubigt sämtliche Meßgeräte des Elektrizitätswerkes und sorgt für eine Ueberholung und Neueichung derselben nach bestimmten Zeiträumen. Die bremische Verbraucherschaft hat also den Vorteil ausschließlich amtlich geeichter und gestempelter Zähler; sie darf deshalb zu ihren Zählern auch das Vertrauen haben, das für im öffentlichen Verkehr befindliche Meßgeräte nun einmal erforderlich ist, und kann weiter sicher sein, daß etwa auftretende Differenzen sorgfältig geprüft und unparteiisch geschlichtet werden.

Im letzten Jahre sind vom Prüfamt insgesamt etwa 20 000 Zähler geprüft.

Der Meßbereich des Amtes erstreckt sich für Gleichstrommessungen bis 200 Ampere und 500 Volt, für Wechsel- und Drehstrommessungen bis 400 Ampere und 22 000 Volt.

Da die verliehene Prüfbefugnis übrigens für das ganze Reich Gültigkeit hat, so hat das Amt auch über die engeren Grenzen Bremens hinaus vielen anderen Elektrizitätswerken, Genossenschaften und Privaten durch Instandsetzung und Eichung ihrer Meßgeräte gute Dienste geleistet.

Starkes Auftreten des Kartoffelkrebses

Blumenthal, 26. Jan. Nachdem der Kartoffelkrebs in einer Anzahl von Gemeinden des Kreises Blumenthal außerordentlich stark festgestellt worden ist, hat der Landrat im Einvernehmen mit der Hauptstelle für Pflanzenschutz in Hannover zur Bekämpfung des Kartoffelkrebses angeordnet, das gesamte Gebiet der Gemeinden Blumenthal (Unterweser), Aumund, Grohn und des südlich der Straße Vegesack—St. Magnus gelegenen Teiles der Gemeinde Schönebeck (St. Magnuser Feld) als der Ansteckung mit Kartoffelkrebs verdächtig anzusehen sei. Die entsprechende Polizeiverordnung findet Anwendung und nur Pflanzgut krebsfester Kartoffelsorten darf angebaut werden.

Oldenburger Intendant kündigt seinen Vertrag selbst

Oldenburg, 27. Jan. Am Montag abend sollte in einer beschleunigt einberufenen Sitzung des Stadtrats die Frage der Verlängerung des Vertrages des Intendanten des Oldenburger Landestheaters, Götze, behandelt werden. Eine Stunde vor Beginn der Sitzung wurde dann plötzlich mitgeteilt, daß die Sitzung ausfällt, weil inzwischen der Intendant selbst den Dienstvertrag gekündigt hat. Die betreffende Sitzung war durch die Rechtsmehrheit des Stadtrats einberufen, um gegen die Verlängerung des Vertrages für den jetzigen Intendanten Stellung zu nehmen, über die endgültig eigentlich der Theaterausschuß zu entscheiden hat. Diese Entscheidung ist nun inzwischen überflüssig geworden.

Im übrigen verlautet bestimmt, daß der staatliche Zuschuß von 100 000 Mark für das Landestheater im nächsten Jahre entweder überhaupt nicht mehr oder nur zu einem Teilbetrag gezahlt wird, so daß die Frage des Weiterbestehens des Landestheaters im heutigen Umfange noch nicht geklärt ist.

Der Vater des ermordeten Herbert Norkus:

Der „Angriff" überläßt uns folgende Zeilen:

In den Berichten über die Ermordung des Hitlerjungen Herbert Norkus sprach die Journaille bewußt und absichtlich stets von einem **„Schülermord".** Es wurde betont, daß Herbert Norkus eine höhere Schule besucht hatte, und die kommunistische Presse wagte dann auch die Unverschämtheit, zu erklären, die Jungen hätten die Arbeiter angegriffen und provoziert. In der „Abwehr" dieser Angriffe wäre Herbert Norkus erstochen worden. Ein „höherer Schüler" also, ein Bourgeois-Söhnchen, das „anständige Arbeiter" anpöbelte.

Und nun saß gestern der Vater des Ermordeten bei uns im Zimmer der Schriftleitung. Ein anständiger deutscher Arbeiter, der das Letzte hergab, um seinem begabten Sohn den Besuch einer höheren Schule zu ermöglichen. Er erzählt, wie er zu Adolf Hitler kam und was er in der Folgezeit erleiden mußte.

„Wir hatten in der Wiclefstraße 37 in Moabit ein Milchgeschäft. Als ich dann 1929 Nationalsozialist und SO.-Mann in meiner Sektion wurde, da begann der Terror der Kommunisten. Sie bedrohten unsere Kundschaft, und der Erfolg war auch bald zu spüren, mein Geschäft ging zurück."

Dabei ließ es das kommunistische Verbrechergesindel nicht einmal bewenden. Unter Anführung eines gewissen Schenk erschien Abend für Abend ein Rollkommando der Kommune vor dem Laden, das sich in wüsten Drohungen erging und mehrmals nur durch einen Zufall daran gehindert wurde, das Geschäft zu stürmen.

„Meine Frau hat darunter sehr gelitten. Sie wurde **nervenkrank.** Ich habe mich oft an die Polizei gewandt und um Schutz gebeten, da hat man mir gesagt, man könnte mir keine Wache in den Laden legen, ich sollte mir eine Pistole kaufen. Man gab mir auch einen Waffenfeuererwerbsschein, und ich kaufte mir einen Revolver."

Beinahe jeden Abend mußte er dann hinter dem Ladentisch stehen und die kommunistischen Banditen mit seiner Waffe in Schach halten. Mit seiner Frau wurde es immer schlimmer, sie wurde gemütskrank und er beschloß daher, sein **Geschäft zu verkaufen.** Im September 1930 zog er aus der Gegend weg. Trotzdem ließen die Verfolgungen der Kommunisten nicht nach.

„Ich wurde nun **Heizer** bei der Chemisch-Technischen Versuchsanstalt. Das Gebäude liegt sehr einsam. Oft wurde ich hier überfallen, sogar beschossen. Ich habe ein Motorrad, und als ich einmal damit nach Hause kam, hatten sie **mich aufgelauert,** erkannten mich aber zu spät und ich war ihnen noch einmal entkommen. — Meine Frau mußte ich schließlich in ein Sanatorium bringen. Sie wurde jedoch **nicht mehr gesund.** Am 18. März 1931 ist sie **gestorben** . . ."

Sein Junge Herbert trat dann in die Hitlerjugend ein. Er war bei seinen Kameraden in der Schule und in der HJ. sehr beliebt, weil er ruhig war und ein guter Kamerad.

„Am 26. Juli wäre er 16 Jahre alt geworden. . .

Herbert Norkus hat diesen Geburtstag nicht mehr erlebt. Das rote Mordgesindel hat nicht geruht, bis der Junge ihrer Mordlust zum Opfer gefallen war. Der Vater ist gefaßt, er weiß, daß auch sein Junge nicht umsonst gefallen ist. Er verbirgt seinen Schmerz. Ganz ruhig erzählt er, wie Herbert am Sonnabend nachmittag zum Heimabend ging.

„Um halb Neun abends rief er mich noch an. Er sagte mir, er käme nicht nach Haus, sie hätten am Sonntagmorgen Dienst, müßten Propagandazettel verteilen. Er schlafe daher bei seinem Freund, denn wenn er noch nach Haus käme, würde er vielleicht der Kommune in die Finger fallen. — Am Sonntag früh habe ich nun auf ihn gewartet, und da kam er nicht. Um halb Zwölf Uhr erschienen zwei Kameraden. Ich sagte: „Wo ist denn Herbert?" Da sagten sie mir, **er käme nicht wieder, er wäre tot . . ."**

Er fragte uns noch, ob wir schon wüßten, wer die Mörder wären, ob man sie schon gefaßt hätte. Dann gibt er uns die Hand, verabschiedet sich mit „Heil Hitler" und **geht** wieder an seine Arbeit.

Ein Unglücksschuß

Pg. Guse versehentlich von einem Parteigenossen erschossen

Essen, 24. Jan. Die Pressestelle des Polizeipräsidiums Essen teilt mit:

Die Erschießung des Nationalsozialisten Arnold Guse am 19. Januar 1932 an der Pferdebahnstraße hat ihre volle Aufklärung gefunden. Im Laufe des Tatnachmittags kam es, nachdem sich schon einige Tage vorher verschiedentlich Zusammenstöße zwischen Anhängern der KPD. und der NSDAP. ereignet hatten, erneut zwischen den feindlichen Parteien zu einer ernsthaften Schlägerei in der Mauerstraße, wo einige Schüsse fielen. Stärkere Ansammlungen von politischen Gegnern fanden insbesondere in der Nähe der Wohnung des Nationalsozialisten K. in der Mauerstraße statt. Als eine zum Schutz der Wohnung herbeieilende Gruppe von sechs Nationalsozialisten den Marienkirchplatz erreicht hatte, stieß sie dort auf eine starke Menschenansammlung, in der die Nationalsozialisten politische Gegner erblickten. Zum Zwecke der Unterstützung holten sie aus der Wohnung der Eheleute K. in der Segerothstraße drei SA.-Männer herbei, mit denen sie über die Freistattstraße zum Marienkirchplatz gelangten. In diesem Augenblick fielen in der Mauerstraße zwei Schüsse. Die Nationalsozialisten glaubten, daß diese Schüsse ihnen galten und erwiderten sie. Von einem dieser Schüsse ist der SA.-Mann Guse im Rücken tödlich getroffen worden.

Die festgenommenen Nationalsozialisten, die zunächst abstritten, im Besitz von Schußwaffen gewesen zu sein, mußten schließlich unter dem Druck der belastenden Zeugenaussagen und des Ueberführungsmaterials zugeben, daß sie tatsächlich Waffen besessen hatten und Schüsse abgefeuert haben. Es handelt sich um drei Waffen, und zwar zwei Trommelrevolver, Kaliber 7 Millimeter, und eine Selbstladepistole, Kaliber 6,35 Millimeter. Die letztere Waffe ist Eigentum des SS.-Mannes Karl K. gewesen. K. hat schließlich eingestehen müssen, daß er aus dieser Waffe beim Betreten des Marienkirchplatzes einen Schuß in Richtung Mauerstraße abgegeben hat, in dessen Feuer der vor ihm stehende Guse zusammenbrach. K. gibt an, daß es sich um einen Unglücksschuß handelt, was nach Lage der Dinge auch durchaus anzunehmen ist. Die Ermittlungen haben jedenfalls keinen Anhalt dafür ergeben, daß K. etwa absichtlich seinen Parteigenossen erschossen hat. K. wird in Haft behalten und dem Richter vorgeführt. Das Strafverfahren gegen die übrigen Nationalsozialisten nimmt seinen Fortgang.

Bei den Ermittelungen hat sich herausgestellt, daß die vorerwähnten Wohnungen der Eheleute L. in der Mauerstraße und K. in der Segerothstraße als Sammelstätte von Angehörigen der SA. benutzt worden sind. Demzufolge ist, entsprechend der dritten Notverordnung vom 6. Oktober 1931 den beiden Wohnungsinhabern untersagt worden, Ansammlungen von SA.-Leuten in ihren Wohnungen fernerhin zu dulden.

*

Wenn sich diese Darstellung der Polizei bestätigt, hat der Tod unseres Pg. Guse eine tragische und vollkommen unerwartete Aufklärung gefunden. Es ist außerordentlich freundlich, aber im Grunde genommen überflüssig, wenn der Polizeibericht ausdrücklich darauf hinweist, daß „kein Anhalt dafür vorliege, daß K. etwa absichtlich seinen Parteigenossen erschossen" habe. Allein die Unterstellung einer solchen Möglichkeit zeigt, wie wenig die Polizei auf die Psyche der NSDAP. eingeht, zeigt mit aller Deutlichkeit die grundsätzlich falsche Einstellung der Polizei zu dem Fall. Kein Wunder, wenn das Bolschewistenblatt bereits diesen Passus als Stichwort nimmt, um von einem „Fememord" zu faseln. „Guse wußte zuviel und mußte darum auf Befehl der Naziführer aus dem Wege geräumt werden". (!) Ueberflüssig, zu sagen, daß es nichts zu „wissen" gab noch gibt, daß Guse außerdem einer der jüngsten SS.-Leute war und als solcher kaum etwas „wissen" konnte, selbst wenn es etwas zu „wissen" gegeben hätte. Ueberflüssig, zu der ganzen verlogenen Hetze ein Wort zu sagen. Die moralische Schuld an dem um so tragischeren Vorfall trägt nach wie vor der Bolschewismus, der gerade in den letzten Wochen in Segeroth, wo ihm ein großer Teil seiner Anhänger den Rücken kehrte, einen beispiellosen Terror entfaltet hat. Das Waffenverbot besteht innerhalb der NSDAP. in allen Verbänden und jeder, der mit einer Waffe betroffen wird, schließt sich damit selbst aus der Partei aus. Aber es ist gegenüber diesem Terror ungeheuer schwer, das Verbot durchzuführen. Und wer will die Leute moralisch verurteilen, die in der Not um ihr Leben keinen anderen Ausweg wissen, als verbotswidrig zur Waffe zu greifen? Pg. Knaup, auf dem Gewissenschuld lastet, kann unter diesen Verhältnissen als zweites Opfer des bolschewistischen Terrors gelten.

Hindenburg-Ausschuß

Berlin, 29. Jan. **Bekanntlich geben sich die Herren Brüning und Meißner die größte Mühe, einen Ausschuß auf die Beine zu bringen, der eine Kandidatur Hindenburgs aus den Reihen der Mitte für die Reichspräsidentenwahl zustande bringen soll. Bisher ist es den beiden Herren aber nicht gelungen, einen Mann zu finden, der diesen „Ausschuß" gründet.**

Zuerst wandte man sich, wie noch in aller Erinnerung, an Geßler, der sich gehütet hat, die Sache zu übernehmen. Dann sprach man geheimnisvoll von einer neuen Persönlichkeit, bis es herauskam, daß es sich um den Berliner Oberbürgermeister Sahm handelte. Aber auch dieser hat nunmehr abgewinkt, die Führung in diesem Ausschuß zu übernehmen.

Augenblicklich verhandelt man mit Herrn Cuno von der Hapag. Es verlautet jedoch, daß auch dieser wenig Lust hat, den Strohmann für Brüning zu machen. Gleichzeitig wird noch mit dem General von Horn, dem Vorsitzenden des Kyffhäuserbundes verhandelt.

Wie wir erfahren, soll man im Zentrum nur noch sehr wenig mit einer Kandidatur Hindenburgs rechnen. Dementsprechend herrscht große Verlegenheit, für wen das Zentrum eine Wahlparole ausgeben soll, wenn Hindenburg endgültig verzichtet. Man soll absolut keine Lust haben, für einen Sozialdemokraten zu stimmen, ebensowenig soll man aber Neigung empfinden, einen eigenen Zentrumskandidaten aufzustellen.

„Du häß Nazi gewählt"

Eine wahre Begebenheit aus Bad Pyrmont

Ueber die Landwirtschaftskammer-Wahlen die in dem Welt-Bad Pyrmont am 10. Januar 1932 stattgefunden haben, sind die besten Witze entstanden, die zudem den Vorzug haben, wahr zu sein. Eine Kostprobe:

Zwei Bauern treffen sich auf der Straße und fragen nach dem Ergebnis der Wahl, da sagt der eine Bauer zum anderen in westfälischer Mundart:

„Eck weht wat du gistern gewählt häßt." „Nä," sett der andere, „dat kaß du jo nicht wierten, dat waß doch eine geheime Wahl mit Stimmzettel." „Es nicht wohr", sagt derannere, „alle Bauern wiert jetzt wat du gewählt häßt. Du häß Nazi gewählt, warum sollt wir wetten." „Et is gourt", und der annere, „alle Bauern wiert jetzt wat du war doch die Wahl öffentlich. Dat ist gesetzlich unzulässig, da werde ich Protest gegen einlegen." „Nützt die nichts, geheim oder nicht geheim, du häß Nazi gewählt."

Und der Bauer ging zum Wahlleiter hin und erkundigte sich, daß die geheime Wahl mit Stimmzettel doch eine öffentliche Wahl war, da nur Stimmzettel mit dem Kandidaten der NSDAP. in der Urne gelegen haben.

„Stählerne Front" gegen „Eiserne Front"

Leer, 28. Jan. Der Kreishandwerkerbund Leer hielt seine 11. Bundestagung ab, zu der sich ebenfalls der Vorsitzende des Ostfriesischen Handwerkerbundes, Völker, und der Syndikus Hokamp-Hannover eingefunden hatten. Die Gäste wurden durch den Vorsitzenden des Handwerkerbundes Leer begrüßt, der die Parole ausgab, trotz der schwierigen Lage des Handwerks den Existenzkampf mutig weiterzuführen und einig zu sein. Bundesvorsitzender Völker erklärte in seiner Ansprache, daß der Kreishandwerkerbund Leer der größte und rührigste Bund Ostfrieslands sei. Nach einer weiteren Begrüßung durch Senator Sanders gab der Geschäftsführer Kretschmer den Geschäftsbericht bekannt. Die Entwicklung des Handwerks in der Wirtschaftskrise sei gekennzeichnet durch den ständigen Auftragsmangel. Der Bankenschluß habe den Handwerkern weiteren Schaden zugefügt. Mehr als die Hälfte aller Betriebe habe das Existenzminimum nicht erreicht. Syndikus Dr. Hokamp-Hannover hielt dann einen Vortrag über die Krise der Wirtschaft. Er forderte zum Schluß den Zusammenschluß des Handwerks und erklärte, der sogenannten Eisernen Front müsse man die stählerne des Bürgertums entgegensetzen. Der Haushaltsvoranschlag wurde einstimmig angenommen. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl der Vorstandsmitglieder Eitmann und Nanninga.

Alle Angeklagten wollten den Tod der 15 Nationalsozialisten

Essen, 27. Jan. Unter großem Andrang begann am Montagvormittag vor dem Essener Schwurgericht der Felgendreher-Prozeß. Angeklagt sind 12 Mitglieder der KPD., die an der Erschießung des 18 Jahre alten Nationalsozialisten Felgendreher am 14. März 1931 beteiligt waren. Nach der Anklage haben sich die Angeklagten schon in den Abendstunden des 13. März auf die Lauer gelegt und beim Eintreffen der 15 Nationalsozialisten insgesamt 20 Schüsse auf die dicht beieinander gehende Gruppe abgegeben. Felgendreher erhielt einen Kopfschuß und war nach zehn Stunden tot. **Nach der Anklage wollten alle Angeklagten den Tod der 15 Nationalsozialisten.** Nach Eröffnung der Verhandlung wird der Eröffnungsbeschluß verlesen, der über 80 einzelne Beschuldigungen umfaßt.

Raubüberfall in einer Flensburger Sparkasse

Flensburg, 28. Jan. Im Vorraum der hiesigen Städtischen Spar- und Leihkasse wurde ein frecher Raubüberfall ausgeführt. Ein Lehrling einer hiesigen Bäckerei wollte einen Geldbetrag von 700 Mark bei einer Sparkasse einzahlen. Im Vorraum schleuderte ihm ein Unbekannter eine Handvoll Pfeffer in die Augen. Im selben Augenblick entriß der Täter ihm die Geldtasche und flüchtete. Ein Diplomingenieur holte den Räuber ein. Er entpuppte sich als ein Flensburger Friseurgehilfe.

Die Veruntreuungen bei der Kranken- und Sterbekasse in Celle

Celle, 28. Jan. Ueber die Vorgänge bei der hiesigen Verwaltungsstelle der Kranken- und Sterbekasse für das Deutsche Reich, über die berichtet wurde, läßt sich jetzt noch ergänzend folgendes mitteilen: Die in Berlin bei der Zentralverwaltung vorgenommene Revision hat ergeben, daß man Frank nicht nur grobe Fahrlässigkeit und Unregelmäßigkeiten bei der Buchführung zur Last legen muß, sondern daß er der Unterschlagung bereits überführt ist. Ueber die Höhe der veruntreuten Beträge können vor Abschluß der Buchführung keine Angaben gemacht werden. Frank hatte seit längerer Zeit zahlreiche Ausgaben- wie Einnahmeposten nicht gebucht. Unter den von ihm hinterlassenen Belegen fand man Spesenrechnungen von Dienstreisen, die stark überhöht erscheinen. Weitere Summen sind von Frank einfach unterschlagen, denn über den Verbleib der Gelder weiß er keine Angaben zu machen.

Doch französische Absichten auf die Reichsbahn

Paris, 28. Jan. In einer Havas-Meldung aus London unterzieht das halbamtliche französische Nachrichtenbüro die angeblichen Auswirkungen einer eingehenden Betrachtung, die eine vollständige Streichung der Tribute auf die Reichsbahn haben würde. Der Dawesplan, so heißt es, habe der Reichsbahn einen jährlichen Anteil an den Reparationszahlungen in Höhe von 660 Millionen Mark auferlegt. Dieser Betrag sei auch im Youngplan aufrechterhalten worden. Seine Aufhebung würde die Reichsbahn im Gegensatz zu den Eisenbahnen anderer Länder in eine besondere bevorzugte Lage bringen. Während die französischen Eisenbahnen sechzig Milliarden Franken, die englischen einhundert Milliarden Franken und diejenigen der Vereinigten Staaten 675 Milliarden Franken zu verzinsen hätten, blieben für die Reichsbahn in diesem Falle nur 12 Milliarden Franken. Die Vorteile einer derartigen Lage würden sich sofort auf die Gesamtheit der deutschen Industrie auswirken, deren Selbstkostenpreise dementsprechend fallen müßten. Die bevorzugte Stellung der Reichsbahn zusammen mit den verhältnismäßig geringen öffentlichen Schulden; die sich ebenfalls aus der Streichung der Tribute ergeben würden; müßten für die deutsche Wirtschaft einen für die Weltkonkurrenz folgenschweren Vorteil bedeuten.

Tributfrage nach englischer Auffassung ungeklärt

London, 26. Jan. Nach englischer Auffassung besteht kein Grund zu der Annahme, daß die Gesamtlage in der Tributfrage seit Montag eine grundlegende Veränderung erfahren hat. Die Besprechung zwischen Paris und London werden vielmehr fortgesetzt. Es werden Versuche gemacht, so schnell wie möglich zu einer Einigung über die Einberufung einer Konferenz vor dem 1. Juli zu kommen, die sich mit der Gesamtfrage der Tribute zu befassen hätte.

Aus Paris eingelaufene optimistischere Berichte werden in London als verfrüht angesehen. Soweit sich erkennen läßt, hat die englische Regierung die Bedenken, die deutscherseits gegen eine einjährige Verlängerung des Moratoriums, wie es im Abkommen vom August 1931 umrissen war, vorgebracht wurden, in Paris zum Ausdruck gebracht und sie nicht unwesentlich unterstützt. Andererseits hat sich die englische Diplomatie Kompromißmöglichkeiten, namentlich hinsichtlich der Anwendungsmöglichkeit dieses Abkommens durch ein neues Moratorium durchaus offengehalten.

Neue Besprechungen zwischen dem englischen Außenamt und der deutschen Botschaft haben nicht stattgefunden.

Flandins Kunstkniffe bei Errechnung der Wiederaufbaukosten

Berlin, 28. Jan. Zu den gestrigen Erklärungen des französischen Finanzministers Flandin über die bisher von Deutschland geleisteten Reparationszahlungen erklärt man in Berliner politischen Kreisen, daß diese französischen Angaben nicht neu seien. Die Ziffern über die deutschen Leistungen für den Wiederaufbau (21 Milliarden Goldmark) stammten von der Reparationskommission und seien von deutscher Seite stets abgelehnt worden. Die Gesamtkosten für den Wiederaufbau in Frankreich würden von Deutschland mit 80 Milliarden Franken berechnet und von französischer Seite mit 102 Milliarden Franken. Flandin habe es fertiggebracht, durch Kunstkniffe diese Summe bis auf 250 Milliarden Franken (etwa 40 Milliarden Goldmark) zu steigern, indem er einen Aufwertungsfaktor des Franken einkalkuliert hat und Zinsen und Zinseszinsen berechne. Der französische Nationalökonom Pupin berechne die Aufbauschäden auf 8 bis 12 Milliarden Goldmark, während der englische Nationalökonom Keynes 10 Milliarden berechne. Die Einkalkulierung eines Aufwertungsfaktors berührt in Berliner politischen Kreisen deshalb besonders merkwürdig, da Frankreich es bisher stets abgelehnt hat, von einer Aufwertung des Franken zu sprechen. Es sei daher auch in diesem Falle nicht möglich, eine Aufwertung in Anrechnung zu bringen, nur um höhere Zahlen zu erreichen.

Litauische Hetze geht weiter

Kowno, 28. Jan. Die hier seit Wochen allseits geführte Hetze gegen die Autonomie des Memelgebietes scheint jetzt ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Das Organ der Regierungspartei, „Lietwos Aidas", nimmt am Mittwoch in einem Leitartikel zu den jüngsten Ereignissen im Memelgebiet Stellung, die gewissermaßen als eine Ankündigung eines bevorstehenden Eingriffs der Zentralregierung gegenüber den autonomen Behörden des Memelgebietes gewertet werden kann. Nachdem das Blatt die bereits zum Gegenstand eines deutschlitauischen Notenaustausches gewordene Reise von drei Memelländern nach Berlin ebenso tendenziös wie in der übrigen Presse dargestellt hat, verlangt das Regierungsorgan, daß durch das Eingreifen der Zentralregierung den angeblichen „prodeutschen Umtrieben" im Memelgebiet ein Ende gemacht werde. Die für die Beseitigung der Mißstände anzuwendenden Ausnahmemittel, so mein „Lietwos Aidas" zum Schluß ließen sich auch im Rahmen des Memelstatuts finden.

Dr. Goebbels erhält Ordnungsstrafe von 500 Mark

Berlin, 27. Jan. Im Kurfürstendam-Prozeß verkündete der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Ohneforge, nachdem einige Stunden vorher der Staatsanwalt den Antrag gestellt hatte, Dr. Goebbels wegen seiner Zeugnisverweigerung in eine Ordnungsstrafe von 800 Mark zu nehmen, den Beschluß des Gerichts, der dahin geht, daß Dr. Goebbels zur Tragung der entstandenen Kosten verurteilt und außerdem in eine Ordnungsstrafe in Höhe von 500 Mark genommen wird.

Alle Istanbuler Schulen wegen Grippe geschlossen

Istanbul, 28. Jan. Am Mittwoch wurden sämtliche Istanbuler Schulen bis Mitte Februar geschlossen, da etwa 40 Prozent aller Schüler, Studenten und Lehrer an der Grippe erkrankt sind.

Wieviel Ostjuden sind eingebürgert worden?

Ueber 1800 Anträge in vier Jahren

Berlin, 29. Jan. Im preußischen Landtag haben die Abgeordneten Steinhoff und Borck (Dnat.) folgende Kleine Anfrage eingebracht: Das württembergische Innenministerium hat auf eine Anfrage des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Hölscher-Ulm mitgeteilt, daß in Berlin in den Jahren 1928, 1929 und 1930 unter 1092, 1284 und 1887 Gesuchstellern, die sich durch das Polizeipräsidium Berlin einbürgern wollten, 313, 515 und 699 Personen ostjüdischer Abstammung waren. In den Zahlen sind die Familienangehörigen nicht enthalten. Für das Jahr 1931 sind die entsprechenden Zahlen bis einschließlich November 1028 und 290. Wir fragen das Staatsministerium: Wieviel von diesen ostjüdischen Personen sind in den genannten Jahren tatsächlich eingebürgert worden?

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: i. V. Gunter d'Alquen; für den Anzeigenteil: W. Kastens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.
Rotationsdruck: Karl Bockelmann, Bremen.

Volk und Wirtschaft

Nach uns die Sintflut!

Die Parole der Bonzenwirtschaft

Die von unseren schwarz-roten Zeitgenossen mit so viel Ehrfurcht bewunderte Leistung der Männer des heutigen Systems besteht bekanntlich darin, durch die Zerstörung des deutschen Wirtschaftslebens und den Ruin unserer Finanzen den Beweis erbracht zu haben, daß das deutsche Volk keine Tribute mehr zahlen kann. Triumphierend verkünden sie: Es ist so weit, und begreifen nicht einmal die Tragik, die in der erschütternden Feststellung liegt, die Ministerialdirektor Brecht im Reichsrat machte, daß auch ohne Reparationen Deutschland noch „phantastischen Schwierigkeiten" gegenüberstehe, das heißt mit dürren Worten, daß die zentrümlich-marxistische Erfüllungspolitik, sprich schwarz-rote Mißwirtschaft, Deutschland ruiniert hat — ohne ihr angebliches Ziel der Tributbefreiung erreicht zu haben. Es ist die Bankrott-Erklärung des Systems, dessen Kosten allerdings das deutsche Volk zu bezahlen hat. Man sollte meinen, daß es nun genug sei des grausamen Spiels und daß die Verantwortlichen für diesen grauenhaften Zusammenbruch unter Zurücklassung wenigstens der Konkursmasse vom Schauplatz ihrer unrühmlichen Tätigkeit verschwinden würden. Offensichtlich aber glauben insbesondere die Marxisten in Preußen auch im Konkurs noch ihr Schäfchen ins Trockene bringen zu können. Jedenfalls weiß die offenbar darüber gut informierte „Münchner Zeitung" über folgende sauberen Pläne zu berichten, für die sich die bereits bis aufs Hemd ausgezogene preußische Bevölkerung lebhaft interessieren dürfte:

„In Preußen hat man jetzt eine neue originelle Formel gefunden, das Defizit im neuen Etat unter Umständen ziffernmäßig nicht in Erscheinung treten zu lassen. Man trägt sich allen Ernstes mit der Absicht, in der Höhe des Defizits einen Posten auf die Einnahmeseite zu stellen „Eingang aus noch zu findenden neuen Steuern"! Wenn es sich hierbei zunächst auch nur um unverbindliche Pläne und Gedanken der Notlosigkeit handeln mag, so ist daraus vielleicht aber doch zu erkennen, daß die preußische Regierung Braun — der Ministerpräsident selbst weilt übrigens immer noch in Gastein — das politische Spiel in Preußen verloren gibt, nachdem es sich als unmöglich herausgestellt hat, die preußischen Wahlen zu vertagen. Schon der bloße Gedanke eines solchen Einnahmepostens im neuen Etat zeigt deutlich die Tendenz, den politischen Nachfolgern der Regierung Braun in Preußen vollkommen ungeordnete Verhältnisse zu hinterlassen, mit denen sich die neue Regierung dann abfinden mag, wie sie kann."

„Nach uns die Sintflut", das ist also die Parole der „Genossen!" Das preußische Volk aber wird ihnen — dessen sind wir gewiß —

am 8. Mai heimleuchten!

Jüdische Manöver gegen die deutsche Währung

Die Ermittlungen der Zollfahndungsstelle zur Aufklärung der Devisenschiebungen.

Berlin, 27. Jan. Durch die Ermittlungen der Zollfahndungsstelle zur Aufklärung der großen Devisenschiebungen des Londoner Bankhauses Singer und Friedländer (!) ist festgestellt worden, daß außer dem verhafteten Vertreter des Bankhauses, Dr. Gutherz (!) ein anderer jüdischer Bankier das gleiche Manöver für das Londoner Bankhaus verübt hat. Ein angeblicher Bankier Fritz Adler (!), der seinen ständigen Wohnsitz in Paris hat, habe sich, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, bis zum 15. Januar in Berlin aufgehalten und es verstanden, während seines Aufenthalts deutsche Schuldverschreibungen in der Höhe von 280 000 Mark zu veräußern. Es sei ihm gelungen, dieses Geld in bar zu erhalten. Adler sei offenbar geflüchtet. Der Zollfahndungsstelle sei es weiterhin gelungen, von der einen Million Mark, die Dr. Gutherz durch seine Schiebungen zum Schaden des Deutschen Reiches erbeutet hatte, den größten Teil wieder herbeizuschaffen. Bisher seien Werte in Höhe von dreiviertel Millionen Mark sichergestellt worden.

* * *

Friedländer, Gutherz und Adler — ein sauberes Kleeblatt!

24000 Mark Bonzengehalt

Wie gut es sich an einer SPD.-„Arbeiter"-Bank leben läßt!

Im Handelsregister des Amtsgerichts Mitte befindet sich das folgende Protokoll der Aufsichtsratsverwaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbank vom 30. Oktober 1931:

„Die Aufsichtsratssitzung fand im Bundeshaus des ADGB., Berlin, statt. Anwesend Backert, Bernhard, Falkenberg, Husemann, von Aufsichtsrat: Leipart, Aufhäuser, Ahrens, Kube, Emil Lehmann, Ludwig Marx, Naphtali, Rößler, Rupprecht, Schrader, Schumann, Schweinitz, Urban. Vom Vorstand Dr. Bachem, Dr. Davidson.

Dem Antrag des Finanzausschusses, den Prokuristen Steffens ab 1. Januar 1932 als stellvertretendes Vorstandsmitglied in den Vorstand zu wählen und sein Jahresgehalt auf 24000 Mark festzusetzen, wird zugestimmt.

Berlin, den 30. Oktober 1931.

gez. Leipart, Vorsitzender.
B. Schweinitz, Schriftführer."

Der sozialdemokratische Arbeiter bringt seine Spargroschen in seine Arbeiterbank und das Vorstandsmitglied erhält von diesem Gelde ein kümmerliches Jahresgehalt von nur 24000 Mark, das sind nur 2000 Mark im Monat!

Man müßte dieses Protokoll in allen nationalsozialistischen Versammlungen vorlesen, damit dem noch nicht aufgeklärten Arbeiter die Augen über seine Bonzen geöffnet werden.

Um die englisch-skandinavische Zollunion

Deutsche Interessen stehen auf dem Spiel.

Stockholm, 27. Jan. Die Stockholmer Abendpresse geht in Leitartikeln und groß aufgemachten Telegrammen auf den von englischer Regierungsseite vorgeschlagenen Plan einer englisch-skandinavischen Zollunion ein. Die Unterredung die der Vertreter eines dänischen Blattes hierüber mit dem englischen Minister für öffentliche Arbeiten hatte, wird in der gesamten schwedischen Presse große Bedeutung zugemessen. Obwohl man sich darüber klar ist, daß die laufenden Handelsverträge — im besonderen mit Deutschland — vorläufig diesem Plan entgegenstehen, sprechen sich die Blätter sehr günstig für einen weitgehenden Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit England aus.

Eine Entscheidung ist allem Anschein noch nicht getroffen.

Offensichtlich benutzt England die Mißstimmung über den deutschen Buttezoll in den nordischen Ländern, um Skandinavien wirtschaftlich zu sich hinüberzuziehen.

Für Deutschland stehen außerordentlich wichtige Interessen auf dem Spiel. Die Länder, zwischen denen sich neben der Valutaverbundenheit nun auch eine zollpolitische Zusammenarbeit anzubahnen scheint, gehören zu den wichtigsten Abnehmern Deutschlands. **Auf diese Länder entfällt fast der gesamte deutsche Ausfuhrüberschuß.**

Gold- und Devisenverluste der Reichsbank

Berlin, 27. Jan. Im dritten Januarausweis der Reichsbank treten erneut Gold- und Devisenverluste von insgesamt 13,39 Millionen RM. zutage, die im wesentlichen aus Zahlungen aufgrund der Stillhaltevereinbarungen entstanden sind. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen hat sich dagegen weiter von 25,6 auf 26,4 Prozent gebessert, da die Kapitalanlage erneut zurückgegangen ist.

Deutsche, seht Euch vor!

In der Ausgabe der jüdischen „Frankfurter Zeitung" vom 22. 1. 32 war zu lesen, daß verschiedene der am deutschen Stillhalteabkommen beteiligten amerikanischen Banken bereit seien, ihre kurzfristigen Kredite gegen Aktien oder sonstige Beteiligungen bei den betreffenden Gesellschaften in Deutschland umzutauschen. Geschmückt war diese Meldung mit der Erklärung, daß die Maklerhäuser die Geltendmachung von Nachfrage für Aktien und Obligationen in Reichswährung festgestellt hätten. Das neue Abkommen läßt in seiner Undurchsichtigkeit diese Möglichkeit durchaus offen.

Merkt Ihr was, Deutsche? Bargeld ist in Deutschland nicht mehr zu holen, also versucht man's halt auf eine andere Weise, das deutsche Volksvermögen zu schwächen. Damit es aber nur ja nicht augenfällig wird, stellt man das Angebot als ein freundliches Entgegenkommen hin. Seht, Ihr Deutsche, so sagen sie, wir wollen Eure Reichswährung anerkennen. Sie spielen sich also auf als unsere Gönner auf, wo nur als innerer Grund die Furcht vor der Ungewißheit über das Gesichertsein ihrer kurzfristigen Forderungen in Deutschland vorhanden ist. Daß aber nebenbei auch noch die Absicht damit verbunden ist, mit deutschen Effekten mal ein gutes Geschäft zu machen oder gar in der deutschen Industrie Fuß fassen zu können, versteht sich ganz von selbst.

Wie das aber immer so ist bei solchen Gelegenheiten, darf die „staatsbürgerliche" deutsche Börsenwelt bei der Unterstützung eines Angebotes von solcher „Hochherzigkeit" nicht zurückstehen. Beileibe nicht. Wer daher glaubt, daß sie das doch tun würde, der irrt sich. Nach dem bekannten Grundsatz: „Wo Aas ist, da versammeln sich die Adler" haben diese Blüten der Nation die Gelegenheit, die langersehnte Börsen-Maschinerie wieder in Gang zu bringen, sofort erkannt und bereiten sich vor, das amerikanische Vorhaben auf ihre Weise kräftig zu unterstützen. Ihre „hochverehrte" Kundschaft auf die Ausblicke, Geld verdienen zu können, aufmerksam zu machen, war das erste, was sie unternahmen. Wer aber meint aus Nächstenliebe, der kennt sie nicht, die „Dattschen" Gönner.

Deutsche Volksgenossen! Werdet endlich klug! Die Pläne, die diese Leute vorhaben, sind zu durchsichtig, kauft ihnen nicht ins Garn. Eins ist gewiß: Schließt Ihr Euch den Volksverführern an, so stürzt Ihr eines Tages bestimmt ins Verderben. D.

Rückgang der Eisen- und Stahlerzeugung

Deutschland und England an der Spitze, Frankreich am günstigsten

Geht man von der Erfahrungstatsache aus, daß unter allen Produktionsziffern die Roheisen- und Rohstahlgewinnung als Konjunkturfaktor die erste Stelle beansprucht, so gewinnt man aus den für das abgelaufene Jahr vorliegenden Daten einen sehr bezeichnenden Gradmesser für den akuten Charakter der gegenwärtigen Krise.

Die Weltproduktion an Roheisen, die im Jahre 1929 mit 98,5 Millionen Tonnen ihr Maximum erreichte, dann 1930 auf 79,9 Mill. Tonnen zurückging, wird pro 1931 (nach Angaben des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller) auf 51,6 Millionen Tonnen geschätzt. Nicht minder stark ist der Rückgang bei der Rohstahlgewinnung, die für das soeben abgelaufene Jahr auf 70,2 Mill. Tonnen veranschlagt wird gegen 95,5 Mill. Tonnen vor einem und 122,0 Mill. Tonnen vor zwei Jahren.

Die Abnahme beträgt mithin für den zweijährigen Zeitraum 42,5 bzw. 44,7 Prozent.

Die ganze seit 1922 erreichte Zunahme wird dadurch mit einem Male ausgelöscht. Im letzten Vorkriegsjahre 1913 hatte die Weltproduktion an Roheisen 68,3 Mill. Tonnen und an Rohstahl 76,5 Mill. Tonnen betragen. Der Vergleich spricht eine deutliche Sprache.

Auch die Verhältnisse in den einzelnen Ländern sind interessant. Stellt man das Krisenjahr 1931 dem Jahr des Konjunkturumschwungs 1929 gegenüber, so zeigt ein einziges Land eine Zunahme, nämlich Rußland, dessen Roheisenproduktion um 8,5 Prozent und dessen Rohstahlproduktion um 8 Prozent gestiegen ist. Hier wie auch auf anderen Gebieten geht das vom kapitalistischen System losgelöste Sowjetreich seine eigenen Wege. Die prozentual stärkste Abnahme haben die Vereinigten Staaten, Deutschland und England aufzuweisen, die geringste Frankreich und Belgien. (Kriegsrüstungen!)

Der innige Zusammenhang des Eisen- und Stahlverbrauchs mit dem Baugewerbe, dem Eisenbahn- und dem Schiffbau und der Autoindustrie, aus dem sich die konjunkturelle Bedeutung der Produktionszahlen an Roheisen und Rohstahl ableitet, geht hieraus deutlich hervor; war doch Frankreich eines der wenigen Länder, die den Konjunkturumschwung verhältnismäßig spät und die Krise bisher relativ milde zu spüren bekamen. Interessant ist es auch, daß in den Vereinigten Staaten im Frühjahr 1931, da in weitem Umfang mit dem baldigen Ende der Krise gerechnet wurde, eine sehr starke Belebung der Eisen- und Stahlproduktion einsetzte, die weit über den normal erwarteten Umfang hinausging, um in der Folge, als nach dem Ausbruch der großen Kreditkrise alle Hoffnung auf Besserung schwand, einem um so stärkeren Rückgang Platz zu machen.

In Kürze

Am Montag abend fällte der Schlichterausschuß für die ostoberschlesische Eisenindustrie sowie für die weiterverarbeitende Industrie einen Schiedsspruch, demzufolge die jetzt geltenden Lohntarife bis 31. März 1932 verlängert werden.

Der Verein Hamburger Exporteure hielt am Montag nachmittag eine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende Demokrat Petersen erstattete einen Jahresbericht und erklärte u. a.: Hinter die Tributfrage träten für uns alle anderen an Bedeutung zurück, so auch die Frage der Aufrechterhaltung unserer Goldwährung. — Vor Tische las man's anders!

40prozentiger Rückgang der deutschen Zuckerindustrie

Nach dem Ergebnis der Januarumfrage der Internationalen Vereinigung für Zuckerstatistik der 579 (614) in diesem Jahr in Betrieb befindliche Rohzuckerfabriken angehören, beläuft sich die Rübenverarbeitung auf Zucker auf 24,955 Mill. Tonnen (39,639) das sind rund 37 Prozent weniger als im Vorjahre. Die Zuckererzeugung betrug 4,163 (6,256) Mill. Tonnen oder 33,59 Prozent weniger als im Vorjahr.

Von den deutschen Zuckerfabriken nahmen sämtliche 216 Fabriken, die in diesem Jahre Rüben auf Zucker verarbeiteten, an der Umfrage teil. Nach Mitteilung des Vereins der deutschen Zuckerindustrie wird sich die deutsche Rübenverarbeitung in der Kampagne 1931-32 voraussichtlich auf 100,35 Mill. Doppelzentner (Kampagne 1930-31: 161,38 Mill. Doppelzentner) belaufen, was einer Verminderung um 27,82 Prozent entspricht. Die deutsche Zuckererzeugung (Rohzuckermert) wird 1931-32 voraussichtlich 15,46 (25,28 Mill. Doppelzentner betragen, das sind 38,47 Prozent weniger, während der Verbrauchszuckerwert mit 18,91 (22,71) Mill. Doppelzentner angenommen wird.

Abwärts bei der Reichsbahn

15 v. H. Einnahme-Rückgang gegen 1930

Berlin, 27. Jan. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft tagte am 25. Januar in Berlin.

Der vorläufige Ueberblick über die Einnahmeentwicklung im Jahre 1931 ergibt mit 3,842 Milliarden Reichsmark einen Rückgang um 15,9 vom Hundert gegenüber 1930 und um 28,2 vom Hundert gegenüber 1929.

Mit dem endgültigen Abschluß für 1931 ist für den April zu rechnen. Die Einnahmeentwicklung im Januar 1932 zeigt einen über das erwartete Maß hinausgehenden Abfall.

Die steuerfreie Reichsbahn-Anleihe 1931 hat bisher Zeichnungen von rund 249 Millionen Reichsmark ergeben. Bis zum ersten Zahlungstermin, dem 5. Januar 1932, waren davon 56,5 Millionen Reichsmark (rund 24 vom Hundert) eingezahlt.

Ein Ueberblick über die Auswirkungen der im Dezember beschlossenen Ermäßigung des Gütertarifs im veranschlagten Betrage von 300 Millionen Reichsmark läßt sich zur Zeit noch nicht gewinnen.

Die Ausgabe von verlängerten Sonntagsrückfahrkarten zu Weihnachten hat den Reiseverkehr wesentlich belebt.